



[Foto: Regionale Planungsstelle]

## **Regionalplan Havelland-Fläming 3.0**

Zweckdienliche Unterlage zum Abschnitt Oberflächennahe Rohstoffe (Stand: 10.06.2026)

Tabelle Kriterienanwendung zur Flächenfestlegung der vom LBGR vorgeschlagenen  
Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung

Bezug zu den Stellungnahmen des LBGR vom 01.07.2022 (Seiten 1 bis 31) und vom 20.10.2025 (Seiten 32 bis 69)

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (RPG) und Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg (LBGR) - 2026

## Abwägung der Fachbeiträge aus der Stellungnahme des LBGR vom 01.07.2022 zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
1 Karte LBGR 80	Berkenbrück-Ruhlsdorf	VR01 VB04	Übernahme in den Regionalplan ohne den nordwestlichen Teil, davon HBP als VR und Erweiterungsmöglichkeit als VB	- vollständig im LSG - NW-Teil mit nicht kompensierbarer Waldfunktion - Bereich des gültigen Hauptbetriebsplans im LSG als VR da hier keine entgegenstehenden Belange	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb, - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes auf die Flächen des zugelassenen RBP beschränkt <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Berkenbrück-Ruhlsdorf <b>Bodenschatz:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - HBP-Fläche ist weitestgehend abgebaut, - für mittelfristige Erweiterung ist die Zulassung eines RBP erforderlich, - zur Rohstoffsicherung ist die Ausweisung der Erweiterungsfläche außerhalb des Bergwerksfeldes und der überwiegende Teil der RBP-Fläche als VR-Gebiet erforderlich, - der RBP befindet sich im Zulassungsverfahren, - Reduzierung um den nordwestlichen Teil wird vom LBGR aufgrund der entgegenstehenden Belange akzeptiert, - aufgrund der Abbautechnologie ist jedoch eine stark konturierte Begrenzung im NW nicht möglich, - Hinzunahme von Flächen im Nordosten bis Osten über die Grenze der Bergbauberechtigung (BWE Berkenbrück-Ruhlsdorf) in den Bereich, der durch die KOR 50 ausgewiesenen Rohstofffläche hinaus, als Ausgleich für die Reduktion des nordwestlichen Teils, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VR	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nur in Bezug auf die genehmigten Bereiche des HBP/RBP als VR gefolgt. Begründung LFU 02: Alle anderen Bereiche Kiese/Sande im LSG werden gemäß Stellungnahme MLUK/LfU nicht übernommen, sofern hierfür keine rechtskräftigen HBP/RBP mit Befreiung von der LSG_VO vorliegen. Hier geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	VR01
2 Karte 30	Damsdorf Am Vogelstangenberg	VR02	Übernahme in den Regionalplan		<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Recyclingstätte - Vorranggebiet im Südosten um die Fläche des aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils reduziert (Flächen ausgekieset und verfüllt) <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite, soweit sie sich zur Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen oder Ferrosilizium eignen <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß der beantragten Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1. Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg (Verfahrensnummer: 9990) einschließlich perspektivischer Nachnutzung der Tagebaufläche für eine PV-Anlage entfällt eine Fläche von 4,97 ha für eine Festlegung im Vorranggebiet Rohstoffgewinnung. In diesem Antrag sowie im Telefonat mit Herrn Anders vom LBGR am 04.04.24 wird dargestellt, dass auf dieser Fläche die Auskiesung abschließend erfolgt sei. In Anwendung des Planungskonzepts (Kriterium VR-K05: Mindestgröße 10ha) zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Damsdorf Am Vogelstangenberg in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	-
3 Karte 82	Dobbrikow-Süd	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im LSG - nicht kompensierbare Waldfunktion(en) - Größenkriterium VR-K05 (10 ha), womit der Bereich	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Neuausweisung zum Vorranggebiet	VR	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
				bestehender Abbaubetriebspläne (kleiner 10 ha) regionalplanerisch nicht festzulegen ist. Dies bewirkt aber keine Abbaueinschränkung in diesen Bereichen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kontur des Vorranggebietes auf die Fläche des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP beschränkt</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Dobbrikow-Süd <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,</li> <li>- eine Erweiterung der Fläche über die Grenzen der aktuellen zugelassenen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig,</li> <li>- eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet,</li> <li>- die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz,</li> <li>- RBP befindet sich im Zulassungsverfahren,</li> <li>- gesamte vorgeschlagene VR-Fläche ist größer 40 ha,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>		"atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Für die verbleibende Fläche des genehmigten HBP besteht keine regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).	
4 Karte 32	Emstal	VR03	Übernahme in den Regionalplan	- im Abgleich mit den wenigen vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen im Südwesten wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Laufender Gewinnungsbetrieb,</li> <li>- Zugelassener Betriebsplan (HBP)</li> <li>- RBP im Zulassungsverfahren</li> <li>- Vorranggebiet im Westen um die Betriebsfläche des Kalksandsteinwerkes reduziert</li> <li>- VR im Süden an die Grenze des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Emstal <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Vollständige Übernahme in den Regionalplan.	VR03
5 Karte 33	Fichtenwalde -Nord mit Fichtenwalde -Süd als ein Gebiet ausweisen und in Fichtenwalde umbenennen	VB05	reduzierte Übernahme in den Regionalplan als VB, zusammen mit Flächen aus Ifd. Nr. 49	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht kompensierbare Waldfunktion,</li> <li>- umfangreiche Flächen im LSG und in WSG Zone III</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- Kein gültiger Betriebsplan</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Aufnahme einer Gewinnung in Planung</li> <li>- Neuausweisung zum Vorranggebiet</li> <li>- Vorranggebiet über die Fläche des Bergwerkseigentums nach Westen und Norden hinaus bis in die Nähe der BAB A 9 bzw. BAB A 10 ausgedehnt</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Fichtenwalde-Nord, Bergwerksfeld Fichtenwalde-Süd und grundeigen <b>Bodenschätze:</b> Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- VR-Gebiet Fichtenwalde-Nord und VB-Gebiet Fichtenwalde-Süd sind als ein gemeinsames VR-Gebiet auszuweisen,</li> <li>- Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten,</li> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich,</li> </ul>	VR	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt, auch nicht mehr in Teilbereichen. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange nicht kompensierbarer Waldfunktionen vom LGB und angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
6 Karte 34	Fohrder Berg-Nord	VR04	Übernahme in den Regionalplan, zusammen mit Flächen aus lfd. Nr. 7	- Gebiet mit zugelassenem Rahmenbetriebsplan	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet (beschränkt auf die Betriebsteile mit zugelassenem RBP) <b>Bergbauberechtigungen:</b> Bewilligungen Fohrder Berg 1, 2 und 3 <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Quarzsande und Spezialsande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche zugelassener Betriebspläne ab und wird so in den Regionalplan übernommen.	VR04
7 Karte 34	Fohrder Berg-Süd	VR04	Übernahme in den Regionalplan, zusammen mit Flächen aus lfd. Nr. 6	- Gebiet mit zugelassenem Rahmenbetriebsplan	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet (beschränkt auf die Betriebsteile mit zugelassenem RBP) <b>Bergbauberechtigungen:</b> Bewilligungen Fohrder Berg 2 und Fohrder Berg 3 <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Quarzsande und Spezialsande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche zugelassener Betriebspläne ab und wird so in den Regionalplan übernommen.	VR04
8 Karte 35	Fresdorfer Heide	VR05 VB07	Übernahme HBP in den Regionalplan als VR, die anderen Teile als Erweiterungsmöglichkeit VB	- vollständig im LSG, - nur die Bereiche des gültigen Hauptbetriebsplans im LSG werden als VR dargestellt, da hier Rohstoffgewinnung zulässig ist (Basis: vom LBGR bis zum 31. Dezember 2022 verlängerter Rahmenbetriebsplan aus dem Jahr 1996 mit den darin erfolgten Festlegungen), - für den Fall keiner erneuten Verlängerung oder keiner Neugenehmigung eines RBP, wäre eine Vorrangfestlegung nicht mehr gerechtfertigt.	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - weiterer RBP im Zulassungsverfahren - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Norden und Süden auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst - Vorranggebiet im zentralen Bereich um die aus der Bergaufsicht entlassene Betriebsfläche (BIm-SchG) reduziert <b>Bergbauberechtigungen:</b> Bergwerksfeld Fresdorfer Heide und Bewilligungsfeld Fresdorfer Heide-Süd und grundeigen <b>Bodenschätze:</b> Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Rohstoffvorsorge muss über längeren Zeitraum gewährleistet werden, d. h. gesamtes Gebiet ist als VR-Gebiet zu belassen, - die Fläche auch außerhalb der RBP-Fläche ist zur Rohstoffvorsorge als VR-Gebiet zu belassen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VR	Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH übernommen. Darüber hinaus gehende Flächen werden nicht mehr als VB festgelegt. Begründungen: PFB vom 10. November 2023 sowie Stellungnahme MLUK/LFU (Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftige HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit entfällt VB07 aus dem ersten Entwurf des Regionalplans 3.0.	VR05
9 Karte 86	Glienick	VR06	Übernahme in den Regionalplan, geringfügig im Osten reduziert	- nicht kompensierbare Waldfunktionen, sofern diese außerhalb bestehender Betriebspläne sind	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Vorranggebiet über das Bergwerkseigentum nach Südosten hinaus bis zur Lagerstättengrenze ausgedehnt (Rohstoffreserven, potenzielles Erweiterungsgebiet) <b>Bergbauberechtigungen:</b> Bergwerksfeld Glienick und Bewilligungsfeld Glienick II B und grundeigen	VR	Der Gebietsvorschlag wird in Orientierung auf die rechtskräftigen Betriebspläne und entsprechenden Bergbauberechtigungen angepasst übernommen. Für darüber hinaus gehende Randbereiche werden von Fachbehörden Konflikte in Bezug auf Wasserschutz (WSG Groß Schulzendorf in Planung) sowie auf nicht kompensierbare Waldfunktionen geltend gemacht. Insbesondere die Reduzierung der vorgeschlagenen Fläche im Osten resultiert aus dort gebündelt vorhandenen, nach Stellungnahme des LFB nicht kompensierbaren Waldfunktionen: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort, 3100 Lokaler Klimaschutzwald, 3200	VR06



Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<b>Bodenschatz:</b> Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - Fläche, auch außerhalb der Bergbauberechtigungen ist als VR-Gebiet belassen, - Gewährleistung der regionalen Rohstoffversorgung mit Tonrohstoffen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>		Lokaler Immissionsschutzwald. Damit kann dort der Festlegung eines Vorrangs für die Rohstoffnutzung vor allen anderen raumbedeutsamen Nutzungen in regionalem Maßstab nicht eingeräumt werden.	
10 Karte 36	Glindow	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterien VR-K05 bzw. VB-K04	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb ruht - Betriebsplan (HBP) ausgelaufen - Baubeschränkungsgebiet - Wiederaufnahme der Rohstoffgewinnung möglich - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes über die Fläche des früheren HBP nach Norden, Osten und Süden hinaus erweitert <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Flächenausweisung des VR-Gebiet wurde auf Basis des in der Karte der oberflächennahen Rohstoffe (KOR 50) ausgewiesenen Rohstoff-vorkommens angepasst, - das angepasste VR-Gebiet besitzt damit eine Fläche größer 15 ha, - VR-Gebiet ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VR	Dem vom LBGR zuletzt über 10ha hinaus vergrößerten Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Dem LBGR-Flächenvorschlag liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	-
11 Karte 38	Görzke	VR07	Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im LSG - Bereich der gültigen Betriebspläne im LSG als VR da hier keine entgegenstehenden Belange - Größenbetrachtung 10 ha (Kriterium VR-K05) in Verbindung mit benachbartem VB Görzke	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes überwiegend auf die Fläche des zugelassenen HBP beschränkt und nach Nordwesten geringfügig über die Fläche des HBP hinaus ausgedehnt <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ist kleiner als 10 ha und besitzt damit gemäß Planungskonzept keine regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).	-
12 Karte 6	Großwudicke	VR08	Übernahme in den Regionalplan	- Bereich des zugelassenen Rahmenbetriebsplans	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP und RBP) - Nassabbau - Vorranggebiet um die verfüllte Fläche des zugelassenen ABP reduziert - Vorranggebiet nach Norden bis an die Grenze des zugelassenen RBP ausgedehnt <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Großwudicke <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Quarzsande und Spezialsande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b>	VR	Vollständige Übernahme in den Regionalplan	VR08

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR			
13 Karte 40	Güterfelde	VR09	Übernahme in den Regionalplan, geringfügig im Westen reduziert	- Siedlungsbereiche von Güterfelde im nordwestlichen Randbereich	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Nassabbau - Recyclingstätte - Vorranggebiet nach Nordwesten und Südosten über die Flächen des zugelassenen HBP bzw. des festgelegten Vorranggebietes hinaus ausgedehnt - Vorranggebiet im Osten um die Betriebsfläche der Kläranlage reduziert <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VR	Reduzierung des vom LBGR vorgeschlagenen Vorranggebiets: Aufgrund vorgebrachter Bedenken der Stadtgüter Berlin zu Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes sowie der Wasserbehörde der Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz) zur Lage im Einzugsgebiets für das Wasserwerk Beelitzhof, kann dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe nur noch im Bereich des zugelassenen Hauptbetriebsplans Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden.	VR09
14 Karte 91	Horstfelde-Nord	VR10 VB14	Übernahme HBP in den Regionalplan als VR, die anderen Teile geringfügig reduziert als Erweiterungsmöglichkeit VB	- Übernahme Hauptbetriebsplan als VR und darüber hinaus gehendes Bergwerkseigentum mit Rahmenbetriebsplänen als VB, da in letzteren Gebieten noch gegenwärtige Nutzungen zu berücksichtigen sind: Bungalowsiedlung im nördlich angrenzenden Bereich, Waldfunktionen, Denkmalschutzbelange	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Baubeschränkungsgebiet - Vorranggebiet im Norden an die Grenzen des zugelassenen RBP und an die Infrastruktur (L 246) angepasst - Vorranggebiet im Nordosten um die Fläche des aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils reduziert (Rohstoffe abgebaut) <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Horstfelde <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung erforderlich (und hat herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung), - eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet, - die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig, - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung ist erfolgt, - die Ausweisung der gesamten RBP-Fläche als VR-Gebiet ist erforderlich, - große jährliche Abbaumengen der Lagerstättenvorräte und große Aufbereitungskapazität erfordern eine hohe jährliche Flächeninanspruchnahme mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf, - die Siedlungsfläche im Norden, die Waldfunktionen und die Denkmalschutzbelange wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VR	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan an anderen Stellen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen.	VR10
15 Karte 91	Horstfelde-Süd	VR11 VB15	Übernahme HBP in den Regionalplan als VR, die anderen Teile als Erweiterungsmöglichkeit VB	- Übernahme Hauptbetriebsplan als VR und darüber hinaus gehendes	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau	VR	Der Argumentation bezüglich der Bedeutung des Standortes Horstfelde in Verbindung mit dem zugelassenen Rahmenbetriebsplan wird gefolgt. Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche des bis zum 31.12.2029 zugelassenen Rahmenbetriebsplans ab und wird diesbezüglich	VR11

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
				Bergwerkseigentum mit Rahmenbetriebsplänen als VB, da in letzteren Gebieten noch gegenwärtige Nutzungen zu berücksichtigen sind: Forsthaus an B 246, Waldfunktionen, Denkmalschutzbelange	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Baubeschränkungsgebiet</li> <li>- Vorranggebiet im Süden an die Grenzen des zugelassenen RBP und an die Infrastruktur (L 246) angepasst</li> </ul> <b>Bergbauberechtigungen:</b> Bergwerksfeld Horstfelde und Bewilligung Horstfelde Ost <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung erforderlich (und hat herausragende Bedeutung für die Rohstoffversorgung),</li> <li>- eine langfristige Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet nicht gewährleistet,</li> <li>- die Begründung im Regionalplan widerspricht somit dem Raumordnungsgesetz,</li> <li>- eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist mittelfristig notwendig,</li> <li>- RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung ist erfolgt,</li> <li>- die Ausweisung der gesamten RBP-Fläche als VR-Gebiet ist erforderlich,</li> <li>- große jährliche Abbaumengen der Lagerstättenvorräte und große Aufbereitungskapazität erfordern eine hohe jährliche Flächeninanspruchnahme mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf,</li> <li>- Waldfunktionen und Denkmalschutzbelange wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder sind im Einzelfall in bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>		einschließlich der Neubewertungen durch das LBGR als Vorranggebiet in den Regionalplan übernommen. Der vom LBGR über den Bereich des Rahmenbetriebsplans hinaus vorgeschlagene südöstliche Ansatz, kann bis auf einen Waldstreifen mit Waldfunktion im Regionalplan als Vorranggebiet festgelegt werden. Die Reduzierung resultiert aus dort gebündelt vorhandenen, nach Stellungnahme des LFB nicht kompensierbaren Waldfunktionen: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort und 3100 Lokaler Klimaschutzwald. Damit kann in diesem Bereich der Festlegung eines Vorrangs für die Rohstoffnutzung vor allen anderen raumbedeutsamen Nutzungen in regionalem Maßstab nicht eingeräumt werden.	
16 Karte 10	Knoblauch-Kapellberg	VR12	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduzierung um Kleinstflächen nicht kompensierbarer Waldfunktion außerhalb des Abbaubetriebsplans, sofern diese nicht ursächlich aus dem Abbaubetrieb heraus entstanden sind</li> <li>- im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Laufender Gewinnungsbetrieb</li> <li>- Zugelassener Betriebsplan (HBP) mit Einbau tagebaufremder Materialien</li> <li>- Recyclingstätte</li> <li>- Deponie</li> <li>- Vorranggebiet reduziert (im Südwesten ausgekieste und verfüllte Fläche ausgespart)</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VR	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Zeitplan des beantragten ABP (LBGR – Gesch-Z k 22-1.4-1-3, Stn 10126) endet der für die vollständige Rohstoffgewinnung beantragte Hauptbetriebsplan im Jahr 2028. Die Stilllegung und Entlassung der Fläche aus der Bergaufsicht werden für das Jahr 2030 angestrebt. Damit verbleiben in absehbarer Zeit von der ursprünglich vom LBGR gemäß seines Fachbeitrags angemeldeten Fläche lediglich 7 ha. In Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Knoblauch-Kapellberg als regional bedeutsames Rohstoffgebiet Abstand zu nehmen. Auch die mit Mail von edisnatur vom 04.06.2024 zum Standort einer geplanten WEA übermittelte LBGR Sachstandseinschätzung führt nach Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zu einer verbleibenden Fläche von weniger als 10 ha und damit dazu, von einer Festlegung des Gebietes Knoblauch-Kapellberg als regional bedeutsames Rohstoffgebiet in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Zusätzlich hält der LFB an der Reduzierung bzgl. nicht kompensierbarer Waldfunktionen fest: hier 5400 kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet	-
17 Karte 42	Krahne	VR13 VB18	Übernahme des westlichen Bereichs Krahne als VR, des östlichen Bereichs Prützke als VB	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Bereich Prützke liegt ein Bebauungsplan im Aufstellungsverfahren vor. Die Festlegung als VB lässt hier aber weiterhin eine Rohstoffgewinnung zu, falls das beabsichtigte B-Plan Solarvorhaben nicht oder nur zeitlich befristet zum Tragen kommt.</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <u>Krahne:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Laufender Gewinnungsbetrieb</li> <li>- Zugelassener Betriebsplan (HBP)</li> <li>- Recyclingstätte</li> <li>- Vorranggebiet nach Nordwesten über die Flächen des zugelassenen HBP hinaus erweitert</li> </ul> <u>Prützke:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt</li> <li>- Ablagerung nicht genehmigter Abfälle</li> </ul>	VR/VB	Kenntnisnahme. Der Entwurf eines B-Planes Photovoltaik der Gemeinde Kloster Lehnin beinhaltet im Bereich des Vorbehaltsgebietes eine Festlegung zur Rohstoffgewinnung nach befristeter Photovoltaiknutzung.	VR13 VB18

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
					- Kein gültiger Betriebsplan - Vorranggebiet im Nordosten um die ausgekiesten bzw. verfüllten Betriebsflächen reduziert <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert			
18 Karte 11	Lietzow	VR14	Übernahme in den Regionalplan	- außerhalb von WEG bestehende Windenergieanlage von 1995 behält Bestandsschutz, eine nachfolgende Nutzung dieser kleinen Teilfläche zur Rohstoffgewinnung ist aber bei einer über 25 Jahre alten WEA im Abbaubetriebsplan absehbar möglich - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Ruhender Gewinnungsbetrieb - Kein gültiger Betriebsplan (HBP ausgelaufen) - Wiederaufnahme der Gewinnung vorgesehen - Neuer HBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme.	VR14
19 Karte 93	Lindower Heide	VR15	Übernahme in den Regionalplan		<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - derzeit kein gültiger Betriebsplan - Vorranggebiet im Süden um die Flächen der illegalen Verfüllungen bzw. der Deponie reduziert <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme.	VR15
20 Karte 44	Linthe	VR16	Übernahme in den Regionalplan	- im Abgleich mit den wenigen vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen im Südwesten wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben - Die beabsichtigte Schutzfunktion des Waldes nach 3200 und 3300 an Autobahn sowie bzgl. Gewerbegebiet können im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen erzielt werden.	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP, RBP) - Nassabbau - Vorranggebiet im Nordosten geringfügig erweitert und dabei an die Grenzen des zugelassenen RBP angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Linthe 15, Bewilligung Linthe 5, Bewilligung Linthe 6, Bewilligung Linthe 13 B und grundeigen <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande und grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist in den Randbereichen erfolgt: 1. an vorhandene Infrastrukturen: Autobahn und Brückenbauwerk, Feuerlöschteich sowie an laufende Bauleitplanung Solarpark (9456) im Süden 2. an festgesetzte Kompensationsflächen nach BNatSchG im Süden	VR16
21 Karte 45	Linthe 2	VR17	Übernahme in den Regionalplan ohne den nördlichen Teil	- nördliche Spitze des Gebietes grenzt an Siedlungsbereiche der Gemeinde Linthe und liegt zudem am Rand des	<b>Bisherige Situation:</b> - derzeit ruhender Betrieb - Wiederinbetriebnahme des Tagebaus in Prüfung - Nassabbau - Vorranggebiet im Nordwesten um die Fläche des zugelassenen ABP eingekürzt	VR	Der Argumentation des LBGR wird gefolgt und die Fläche gemäß des zugelassenen Rahmenbetriebsplans als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung angepasst.	VR17



Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
				Wintereinstandsgebietes der Großtrappe - im Abgleich mit den wenigen vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen im Osten sowie im Südwesten wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	- Vorranggebiet im Nordosten, Osten und Süden an die Flächen des zugelassenen RBP bzw. an die Grenzen des Bergwerkseigentums angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - RBP ist zugelassen, d. h. Planfeststellung für die Rohstoffgewinnung ist erfolgt, - zur langfristigen Rohstoffsicherung ist fast die gesamte RBP-Fläche als VR-Gebiet notwendig, - die Siedlungsfläche im Norden, wurden bei der Planfeststellung schon betrachtet oder ist im Einzelfall bei der Inanspruchnahme im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - das Wintereinstandsgebietes der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
22 Karte 94	Luckenwalde Weinberge- Ost	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterien VR-K05 bzw. VB-K04	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung zum Vorranggebiet für den nordwestlichen Teil des Gewinnungsbetriebs mit zugelassenem HBP - Keine Ausweisung eines Rohstoffsicherungs-gebietes im östlichen Betriebsteil. In diesem Bereich hat die Gewinnung geendet; die Rohstoffe sind vollständig abgebaut - Keine Ausweisung eines Rohstoffsicherungs-gebietes im südlichen Betriebsteil. Hier erfolgt derzeit noch die Gewinnung von Restvorräten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	-	Kenntnisnahme.	-
23 Karte 96	Markendorf	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterien VR-K05 bzw. VB-K04	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - Betrieb insolvent - derzeit kein gültiger Betriebsplan (HBP und ABP ausgelaufen) - Deponie im nordwestlichen Teil des Tagebaus - Vorranggebiet im Süden und Südwesten reduziert (verfüllte Flächen, illegale Ablagerungen) <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	-	Kenntnisnahme.	-
24 Karte 46	Marzahne	VR18 VB19	Übernahme HBP in den Regionalplan als VR, die anderen Teile als Erweiterungsmöglichkeit VB	- vollständig im LSG, - Bereich des gültigen Hauptbetriebsplans im LSG als VR, da hier keine entgegenstehenden Belange	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet	VR/VB	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					- Vorranggebiet im Norden an die Fläche des zugelassenen HBP angepasst und nach Westen und Süden über die Fläche des HBP hinaus erweitert <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		"atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit ist die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ohne regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).	
25 Karte 48	Michelsdorf	VR19 VB20	Übernahme in den Regionalplan: bestehende Betriebsplanflächen als VR, restliche Teile als VB, da WSG-Raumkonkurrenzen nicht vollständig abgeglichen sind	- Bereich des gültigen Hauptbetriebsplans als VR da hier keine entgegenstehenden Belange - in den umgebenden Bereichen ist eine Wasserschutzzone geplant, deren Festsetzung noch aussteht	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - RBP im Zulassungsverfahren - Vorranggebiet im Norden und Osten auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP erweitert (im Osten über die RPB-Grenzen hinaus) <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - bei ausschließlicher Betrachtung der HBP-Fläche als VR-Gebiet ist eine langfristige Rohstoffvorsorge nicht gewährleistet, - eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist bei Bedarf notwendig, - in der Lagerstätte ist die Gewinnung von qualitativ hochwertigem Deponieabdeckmaterial möglich, - die Festsetzung der geplanten Wasserschutzzone ist geplant, steht aber noch aus, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VR	Für die Fläche des VR19 besteht ein zugelassener Hauptbetriebsplan, so dass für diese eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan erfolgt. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming.	VR19 VB20
26 Karte 12	Möthlow	VR20	Übernahme in den Regionalplan	- genehmigte Haupt- und Rahmenbetriebspläne	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (HBP und RBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet an die Kontur des zugelassenen RBP angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme.	VR20
27 Karte 49	Nichel	VB23	Übernahme in den Regionalplan als VB, da geringe Raumkonkurrenzen nicht vollständig abgeglichen sind	- FFH Obere Nieplitz und LSG Nuthetal-Beelitzer Sander direkt im N angrenzend, keine FFH Verträglichkeitsuntersuchung vorliegend - Bodendenkmal im zentralen nördlichen Bereich	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb unterbrochen - Einreichung eines neuen Hauptbetriebsplanes angekündigt - Hochstufung des Vorbehaltsgebietes zum Vorranggebiet - Vorranggebiet im Süden und Norden über die Flächen des früheren HBP hinaus erweitert <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Dem vom LBGR unterbreiteten Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Obere Nieplitz) heraus. Darüber hinaus befinden sich nach LFB benannte Gebiete mit Waldfunktionen im Gebiet sowie Biotop und ein Landschaftsschutzgebiet in direkter Nachbarlage. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
							durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.	
28 Karte 43	Niederwerbig B	VR21	Übernahme in den Regionalplan, reduziert um Teile im Westen des Gebietes	<ul style="list-style-type: none"> <li>- FFH Obere Nieplitz 100m westlich angrenzend, FFH Vorprüfung liegt vor</li> <li>- Bodendenkmal im westlichen Bereich,</li> <li>- LSG Nuthetal-Beelitzer Sander im W angrenzend</li> <li>- genehmigte Windenergieanlagen westlich angrenzend</li> </ul>	<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- RBP im Zulassungsverfahren</li> <li>- Vorranggebiet erhalten</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigungen:</b> Bewilligung Niederwerbig B und Krähenberg 1 B</p> <p><b>Bodenschätze:</b> bergfreie Quarzsande und Spezialsande und bergfreie Kiese und Kiessande</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung,</li> <li>- der RBP befindet sich im Zulassungsverfahren,</li> <li>- FFH-Gebiete werden bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- Bodendenkmale werden bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- LSG werden bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- Nutzung für Windenergie wird bei der Planfeststellung betrachtet oder sind im Einzelfall im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <p><b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b></p>	VR	Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird gefolgt. Auf der Basis einer vorliegenden FFH-Verträglichkeitsuntersuchung war dieses Gebiet bereits als Vorranggebiet im Regionalplan Havelland-Fläming 2020 abgestimmt. Der Forderung des LfU in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 nach einer aktuellen FFH-Vorprüfung wurde entsprochen.	VR21
29 Karte 51	Niemegk mit Niemegk-Süd als ein Gebiet ausweisen	-	keine Übernahme in den Regionalplan, da die Flächen, die nach Abzug der betroffenen Belange übrig bleiben kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind. (Anmerkung: dies bedeutet aber kein Ausschluss von möglichem Abbau auf diesen Kleinstflächen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hälfte des Gebietes WSG Zone III</li> <li>- umfangreich angrenzender Siedlungsbereich von Niemegk Nord</li> <li>- westlicher Teil im Flugkorridor Großtrappe</li> <li>- Größenkriterium VR-K05 bzw. VB-K04: 10 ha</li> </ul>	<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wiederaufnahme der Gewinnung geplant</li> <li>- Zugelassener Betriebsplan (ABP)</li> <li>- Illegale Abfallablagerungen (betroffene Flächen in Sanierung)</li> <li>- Baubeschränkungsgebiet</li> <li>- Neuausweisung zum Vorranggebiet</li> <li>- Vorranggebiet im Norden und im Nordwesten über die Grenzen des Bergwerkseigentums hinaus und bis zur Grenze der Lagerstätte ausgedehnt</li> <li>- die Flächen des zugelassenen ABP bleiben unberücksichtigt (Rohstoffe ausgebeutet)</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> Niemegk und grundeigen</p> <p><b>Bodenschätze:</b> Ton</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- VR-Gebiet in gesamter Größe ist für die Rohstoffvorsorge in der Region von Bedeutung,</li> <li>- die Flächenausweisung im Norden und Osten wurde auf Basis der in der Karte der oberflächennahen Rohstoffe (KOR 50) ausgewiesenen Rohstoffvorkommens angepasst, somit ist die Fläche größer 10 ha,</li> <li>- VR-Gebiet Niemegk und VB-Gebiet Niemegk-Süd sind als ein gemeinsames VR-Gebiet auszuweisen,</li> <li>- baurechtliche Belange (Abstand zur Siedlung, Arbeitszeiten) sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Mindestmächtigkeit einer Resttonschicht ist beim Abbau sicher zu stellen, damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwassers kommt,</li> </ul>	VR	Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird wegen der kumulierenden Raumansprüche nicht gefolgt. Das Gebiet wird mittig weitläufig von einem festgesetzten Wasserschutzgebiet im Niederungsbereich durchbrochen. In diesem Bereich befinden sich Moorflächen sowie ein Gewässerbiotop. Die verbleibenden separaten zwei Teilstücke des LBGR-Vorschlages sind jeweils kleiner 10ha und reichen an mehreren Stellen direkt bis an den Siedlungskörper der Stadt Niemegk heran. In dem vom LBGR erweiterten Flächenvorschlag nach Süden beabsichtigt die Stadt Niemegk Wohnbebauungen an der Friedhofstraße sowie der Wiesenstraße. Großen Teilen des LBGR-Flächenvorschlags liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. In summarischer Betrachtung kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					- der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
30 Karte 50	Niemegk / An der Autobahn	VR22 VB24	Übernahme in den Regionalplan geringfügig reduziert um Waldfunktion im NO, dabei überwiegender Teil als VR und der verbleibende Teil als VB in Bereichen Bodendenkmal und Waldfunktion	- Bodendenkmal südlich des früheren Hauptbetriebsplans - nicht kompensierbare Waldfunktion 2200 - die beabsichtigte Schutzfunktion des Waldes nach 3200 und 3300 an Autobahn sowie bzgl. Gewerbegebiet können im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen erzielt werden	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Vorranggebiet für den Teil der Fläche des zugelassenen HBP erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Die Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VR/VB	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist nach Forderungen in den Stellungnahmen LFU, MLUK nach Biotopschutz und Kompensationsmaßnahmen in den Randbereichen zur Autobahn A9 hin erfolgt.	VR22 VB24
31 Karte 24	Potsdam-Süd 1	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im Freiraumverbund LEP HR - vollständig im LSG sowie WSG Zone III - Größenkriterium VR-K05 (10 ha), womit der Bereich bestehender Abbaubetriebspläne (kleiner 10 ha) regionalplanerisch nicht festzulegen ist. Dies bewirkt aber keine Abbaueinschränkung in diesen Bereichen.	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Baubeschränkungsgebiet - Neuausweisung eines Vorranggebietes östlich des laufenden Gewinnungsbetriebs <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Potsdam-Süd <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Quarzsande und Spezialsande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich, - beim Abbau ist der Grundwasserschutz sicher zu stellen, damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwasserleiters kommt, d. h. keine Freilegung des Grundwassers, Abbau nur im Trockenschnitt, - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen <b>Bemerkung / Hinweis:</b> - obwohl die Flächengröße des vorgeschlagenen VR-Gebietes kleiner 10 ha ist, ist eine Rohstoffgewinnung über die Grenze der Bergbauberechtigung bis zur angrenzenden Straße sicherzustellen, <b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b> <b>Vorschlag:</b> Freiraumverbund könnte in diesem Bereich nach Südosten erweitert werden	(VR)	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründungen: 1. Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft. Darüber hinaus befindet es sich im LSG sowie WSG. 2. Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.	-
32 Karte 24	Potsdam-Süd 2	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im Freiraumverbund LEP HR - vollständig im LSG - nicht kompensierbare Wald-funktionen	<b>Bisherige Situation:</b> - bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung eines Vorranggebietes südlich der Bahnlinie bzw. südlich des Tagebaus Potsdam-Süd - Rohstoffreserven für den Tagebau Potsdam-Süd <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründungen: Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen - Rohstoffvorsorge ist über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten, - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung im Raum Potsdam erforderlich, - ursprünglich als VR, ist die Fläche nun zur Rohstoffvorsorge als VB-Gebiet zu belassen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>		Darüber hinaus werden Belange des LSG sowie angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.	
33 Karte 56	Rädel	-	keine Übernahme in den Regionalplan, da die Flächen, die nach Abzug der betroffenen Belange verbleiben, kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind	- große Teile im Freiraumverbund LEP HR - nicht kompensierbare Waldfunktion(en) im zentralen Bereich, - Größenkriterium VR-K05: 10 ha, damit auch Bereich des Hauptbetriebsplans (kleiner 10 ha) einzeln nicht festlegbar - außerdem vollständig im LSG	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Rohstoffe nicht ausgebeutet - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet angepasst an die Grenzen der nachgewiesenen Lagerstätte <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Die Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
34 Karte 58	Reetz-Nord	VR23	Übernahme in den Regionalplan	- gültiger Rahmenbetriebsplan	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP, RBP) - Baubeschränkungsgebiet - Vorbehaltsgebiet zum Vorranggebiet hochgestuft und um die Flächen der ausgebeuteten Rohstoffe reduziert <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Reetz und grundeigen <b>Bodenschätze:</b> bergfreier und grundeigener Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme.	VR23
35 Karte 59	Rietz-Nordwest	VR24	Übernahme in den Regionalplan	- gültiger Rahmenbetriebsplan	<b>Bisherige Situation:</b> • Laufender Gewinnungsbetrieb • Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) • Recyclingstätte • Vorranggebiet im Osten um die Fläche des zugelassenen ABP reduziert (verfüllte Fläche) <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans gefolgt: 1. entsprechend Zustimmung des LBGR zum Antrag Ingenieurbüro Scholz (Mail 23.03.2022) Reduzierung um 4,6 ha (Flurstücke 334, z.T.333) nördlich des HBP und damit Wegfall der weiter nördlich verbleibenden, losgelösten Restfläche von 4 ha. 2. Der Bereich des bis zum 30.09.2023 gültigen HBP ist weitgehend ausgesandert und der Abschluss des Abbauvorhabens wird vorbereitet. Die Stadt Treuenbrietzen beabsichtigt im Rahmen einer Bauleitplanung die Festlegung eines Sondergebietes für PV-Anlagen (Bebauungsplan BPNR 2021_05 "Sondergebiet PV Freianlage Kiesgrube Rietz"). 3. Die Bereiche mit beendeter Bergaufsicht nach LBGR werden ausgespart.	VR24
36 Karte 17	Schmetzdorf-Ost	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenkriterium VR-K05 (10 ha), womit der Bereich bestehender Abbaubetriebspläne (kleiner	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassener Betriebsplan (HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet	(VR)	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht.	-



Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
				10 ha) regionalplanerisch nicht festzulegen ist. Dies bewirkt aber keine Abbaueinschränkung in diesen Bereichen. Da angrenzende Nr.71 Schmetzdorf-Ost 1 wegen FRV nicht als VB festgelegt werden kann, ist auch keine Zusammenveranlagung der beiden Gebiete bzgl. der 10 ha Größe möglich.	<p>- Vorranggebiet auf den westlichen Teil des Tagebaus beschränkt</p> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> keine</p> <p><b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,</li> <li>- eine mittelfristige Erweiterung über die Grenzen des aktuell zugelassenem HBP hinaus ist erforderlich,</li> <li>- der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <p><b>Bemerkung / Hinweis:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- obwohl die Flächengröße des vorgeschlagenen VR-Gebietes kleiner 10 ha ist, ist zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Rohstoffgewinnung am Standort die Gewinnung sicherzustellen,</li> </ul> <p><b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b></p>		<p>Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p> <p>Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.</p>	
37 Karte 18	Stechow-Bauernberge	-	keine Übernahme in den Regionalplan, da die Flächen, die nach Abzug der betroffenen Belange verbleiben, kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind	<p>mehrere Betroffenheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erweiterungen der Betriebsplan-flächen nach W und S betreffen LSG</li> <li>- nicht kompensierbare Wald-funktionen im W und S des Gebietes</li> <li>- Größenkriterium VR-K05 (10 ha), womit der Bereich bestehender Abbaubetriebspläne (kleiner 10 ha) regionalplanerisch nicht festzulegen ist. Dies bewirkt aber keine Abbaueinschränkung in diesen Bereichen.</li> </ul>	<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Laufender Gewinnungsbetrieb</li> <li>- Zugelassener Betriebsplan (HBP)</li> <li>- Baubeschränkungsgebiet</li> <li>- Neuausweisung zum Vorranggebiet</li> <li>- Vorranggebiet über die HBP-Fläche hinaus ausgedehnt</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> keine</p> <p><b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen</li> <li>- die ursprünglich vorgeschlagene Fläche als VR-Gebiet wurde größer 10 ha ausweisen,</li> </ul> <p><b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b></p>	VR	<p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p> <p>Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p>	-
38 Karte 64	Viesen	VR25	Übernahme in den Regionalplan		<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Laufender Gewinnungsbetrieb</li> <li>- Zugelassener Betriebsplan (HBP)</li> <li>- Vorranggebiet im Süden erweitert und in diesem Bereich an die Grenzen des zugelassenen HBP angepasst</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> keine</p> <p><b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</p>	VR	<p>Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 gefolgt:</p> <p>Das LfU macht in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 mögliche Konflikte zum, im SW angrenzenden Vogelschutzgebiet Fiener Bruch geltend. Zur Konfliktvermeidung wird das VR um die 30m Offenland zwischen Vogelschutzgebiet und zugelassenem Betriebsplan (hier Planfestlegung aufgrund bestehender Abgrabungsgenehmigung) reduziert. Die nördlich über den zugelassenen Betriebsplan hinaus gehenden Flächen befinden sich in einer Entfernung von 340 m und mehr zum Vogelschutzgebiet. Infolge der Bewaldung und des zwischenliegenden zugelassenen Betriebsplans mit Abgrabungsgenehmigung ist keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele anzunehmen, da keine essentiellen Lebensräume der wertgebenden Arten in Anspruch genommen und Flugbeziehungen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung wurde entsprochen. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten,</p>	VR25

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
							vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.	
39 Karte 19	Vietznitz	VR26	Übernahme in den Regionalplan	- Teile der Flächen unter Bergaufsicht mit Gewinnung im LSG - übertragener Rahmenbetriebsplan für die gesamte Fläche	<b>Situation Mai 2022:</b> - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt und Betrieb stillgelegt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle) - Rahmenbetriebsplan übertragen - ABP ausgelaufen; HBP im Zulassungsverfahren - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet überwiegend an die Kontur der Fläche des zugelassenen Rahmenbetriebsplanes angepasst - Ausgekieste und verfüllte Tagebauflächen im Südosten aus dem Vorranggebiet ausgespart <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VR	Kenntnisnahme.	VR26
40 Karte 100	Wahlsdorf	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterien VR-K05 bzw. VB-K04	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnung unterbrochen - Betriebsplan (HBP) ausgelaufen - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Kontur des Vorranggebietes auf die Fläche des früheren HBP angepasst (Gewinnung von Kleinstmengen) <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Wahlsdorf <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - Restvorräte vorhanden, - obwohl die Flächengröße des vorgeschlagenen VR-Gebietes kleiner 10 ha ist, ist eine Rohstoffgewinnung sicherzustellen, <b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b>	(VR)	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.	-
41 Karte 66	Wollin, Großes Stück	-	keine Übernahme in den Regionalplan, da die Flächen, die nach Abzug der betroffenen Belange verbleiben, kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind	mehrere Betroffenheiten: - Erweiterungen der Betriebspläne nach N und S betreffen WSG Zone III - Gebiet komplett umschlossen von LSG - Lage im Flugkorridor Großtrappe - Größenkriterium VR-K05 (10 ha), womit der Bereich bestehender Abbaubetriebspläne (kleiner 10 ha) regionalplanerisch nicht festzulegen ist. Dies bewirkt aber keine Abbaueinschränkung in diesen Bereichen.	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Neuausweisung zum Vorranggebiet - Vorranggebiet über die Flächen der zugelassenen Betriebspläne nach Norden und Süden bis an Grenzen der bekannten Lagerstätte hinaus ausgedehnt <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - derzeit erfolgt ein Abbau im Trockenschnitt, - beim Abbau ist der Grundwasserschutz sicher zu stellen damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwasserleiters kommt, d. h. keine Freilegung des Grundwassers, Abbau auch weiterhin nur im Trockenschnitt, - Reserveflächen außerhalb HBP-Flächen sind für die Rohstoffsicherung erforderlich, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,	VR	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Die über den genehmigten Hauptbetriebsplan hinaus umgebenden Flächen betreffen LSG, WSG Zone III sowie vom LFB festgesetzte nicht kompensierbare Waldfunktionen. Somit kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Die Fläche des Hauptbetriebsplans selbst umfasst weniger als 10 ha des Gebietes, wodurch die regionalplanerische Relevanz für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht mehr gegeben ist. Eine weitere Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
					- die ursprünglich vorgeschlagene Fläche als VR-Gebiet wurde größer 10 ha ausweisen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
42 Karte 101	Wünsdorf	VR27	Übernahme in den Regionalplan, reduziert um südliche Flächen	- Reduzierung im Süden um Waldfunktion außerhalb des Abbaubetriebsplans und damit Erzeugung von Pufferbereichen der Bergbaugesetz gemäßen Flächen zu benachbarten Flächen von NSG und FFH	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - RBP im Zulassungsverfahren (seit 2012) - Vorranggebiet im Norden und Nordwesten an die Kontur des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP angepasst - Vorranggebiet im Süden an die Grenze der Bewilligung angepasst - Vorranggebiet im Nordwesten um die Fläche des abgebauten und aus der Bergaufsicht entlassenen Betriebsteils (inzwischen Deponie) reduziert <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligung Wünsdorf B und grundeigen <b>Bodenschätze:</b> Quarzsande und Spezialsande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VR	Eine Übernahme in den Regionalplan erfolgt nur noch reduziert auf die Flächen der zugelassenen Betriebspläne Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betreffen die darüber hinaus gehenden Bereiche ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotope. Beide TÖB beziehen sich auf eine festgestellte Unzulässigkeit gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG (angrenzendes LSG) bzw. § 30 Abs. 2 BNatSchG (umfangreiche gesetzlich geschützte Biotope im Gebiet) sowie auf § 34 Abs. 7 BNatSchG. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. In dem verbleibenden Bereich ist der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung bereits im Rahmen der bestehenden Abgrabungsgenehmigung entsprochen. Hinweise: 1. Alternative Gewinnungsbereiche mit weniger Nutzungskonflikten sind nördlich der Betriebsplanflächen als VB avisiert. 2. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	VR27
43 Karte 22	Zachow	VR28	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduzierung um nicht kompensierbare Waldfunktionen außerhalb des Abbaubetriebsplans, sofern diese nicht ursächlich aus dem Abbaubetrieb heraus entstanden sind - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Laufender Gewinnungsbetrieb - Zugelassene Betriebspläne (ABP, HBP) - Recyclingstätte - Vorranggebiet im Osten erweitert und dabei geringfügig an die Grenzen des zugelassenen HBP angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VR	Dem Gebietsvorschlag wird in Aufspaltung in VR (für die Flächen der zugelassenen Betriebspläne) sowie VB (für die übrigen Flächen) gefolgt: Begründung: 1. Das LfU macht in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 mögliche Konflikte zum Vogelschutzgebiet Mittlere Havelniederung (im Südwesten in 50m Entfernung gelegen) sowie zum im Osten angrenzenden FFH-Gebiet Steppen Hügel geltend. Der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung wird in summarischer Beurteilung der möglichen Betroffenheiten entsprochen. Für das VR resultiert die Planfestlegung aufgrund der bestehenden Abgrabungsgenehmigung. In den VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird dagegen noch keine verbindliche Nutzungsänderung festgelegt. Es wird davon ausgegangen, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele zu erwarten ist, da keine direkte Flächeninanspruchnahme erfolgt und Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes sowie durch Stoffeinträge von außen unter Einbeziehung möglicher Vermeidungsmaßnahmen voraussichtlich nicht zu erwarten sind. 2. Die Untere Wasserbehörde des Landkreises Havelland macht eine beabsichtigte, jedoch noch nicht ins Verfahren gebrachte Neufestsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Zachow-Tremmen geltend. Es wird eingeschätzt, dass die Anzeige zur Errichtung von vier Grundwassermessstellen-Gruppen kein ausreichendes Indiz für die Unmöglichkeit wasserschutzvertraglicher Rohstoffgewinnung darstellt, zumal sich der mögliche Erweiterungsbereich als VB in Bezug auf die gegenwärtige Wasserfassung hinter der bereits genehmigten Rohstoffgewinnung befindet. Mit der Festlegung der über die zugelassenen Betriebspläne hinausgehenden Flächen als VB zur planerischen Sicherung von Lagerstätten wird noch keine verbindliche Abwägung zwischen diesen Raumansprüchen vorgenommen. Festlegungen zur Verhinderung von Grundwasserbeeinträchtigung können im Zulassungsverfahren für die Betriebspläne getroffen werden, z.B. durch Begrenzung auf Abbau im	VR28 und VB43 neu

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
							Trockenschnitt, welcher am Standort möglich ist. Die Gewinnung von Kiesen und Sanden wird damit nicht ausgeschlossen.	
44 Karte 79	Baruth	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterium VB-K04	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnung ruht derzeit - Erneute Erkundung der Lagerstätte zugelassen (HBP) - Neuer HBP zur Gewinnung im Verfahren - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet nach Westen und Osten bis zu den Grenzen der bekannten Lagerstätte hinaus ausgedehnt - Vorbehaltsgebiet im Norden bis zur Markscheide der erteilten Bewilligung begrenzt <b>Bergbauberechtigung:</b> Bewilligungsfeld Baruth <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Ausdehnung des VB-Gebiet auf gesamte Fläche der Bewilligung, Grund neuer Erkundungsstand, - gesamte vorgeschlagene Fläche ist somit größer 10 ha, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Die vom LBGR nunmehr erweitert vorgebrachte Fläche zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet erreicht eine Größe von mehr als 10ha und wird größtenteils übernommen. In geringfügiger Anpassung an die Grenzen des umgebenden LSG, Herausnahme des Biotops sowie geringfügiger Reduzierung im Nordosten um gemäß LFB nicht kompensierbare Waldfunktionen werden die kumulierenden Raumansprüche auf ein Vorbehaltsgebiet reduziert, bei dessen Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten sind, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das LfU stellt in einer Abstimmung im Jahr 2023 Konflikte aus der Lage im LSG „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ und den damit geltenden Bestimmungen der Schutzgebietsverordnung heraus. Nach den der Regionalen Planungsstelle vorliegenden GIS-Daten ist das Gebiet jedoch nicht Bestandteil des LSG, sondern offenbar wegen existierender Bergbaubewilligung von einer LSG-Festlegung ausgespart. Bezüglich des ursächlich aus Rohstoffgewinnung heraus resultierenden FFH-Gebietes Kiesgrube Spitzenberge in nördlicher Nachbarlage erfolgte in summarischer Beurteilung eine FFH-Vorprüfung, in dessen Ergebnis keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind.	VB41 neu
45 Karte 29	Bensdorf / Vehleener Berge	VB01	reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduktion um Flächen des Freiraumverbundes und nicht kompensierbare Waldfunktion - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Baubeschränkungsgebiet - Vorbehaltsgebiet im Südosten auf die Fläche des Baubeschränkungsgebietes erweitert <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Bensdorf/Vehleener Berge <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme.	VB01
46 Karte 28	Bensdorf-Ost	VB02	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduktion um nicht kompensierbare Waldfunktionen, - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Bensdorf <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme.	VB02
47 Karte 28	Bensdorf- West	VB03	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduktion um nicht kompensierbare Waldfunktionen, - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Bensdorf <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande	VB	Dem Gebietsvorschlag wird in geänderter, reduzierter Form gefolgt. Begründungen: In Auswertung des Beteiligungsverfahrens ergeben sich folgende Feststellungen: 1. Das Vorbehaltsgebiet wird im nordwestlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Solarpark Altbensdorf (9762) reduziert. 2. Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Pelze) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein	VB03

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.	
48 Karte 83	Fernneuen-dorf	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- nicht kompensierbare Waldfunktion zentral im Gebiet - vollständige Lage im LSG - NSG und FFH unmittelbar angrenzend	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnung bisher nicht aufgenommen - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - erkundete Lagerstätte mit entsprechendem Kiesanteil, - Lagerstätte hat Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Beeinflussung der benachbarten NSG und FFH-Gebiete sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
49 Karte 33	Fichtenwalde -Nord mit Fichtenwalde -Süd als ein Gebiet ausweisen und in Fichtenwalde umbenennen	VB05	reduzierte Übernahme in den Regionalplan, zus. Mit Flächen aus lfd. Nr. 5	- nicht kompensierbare Waldfunktion, - umfangreiche Flächen im LSG und in WSG Zone III	siehe lfd. Nr. 5: Fichtenwalde	VR	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt, auch nicht mehr in Teilbereichen. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange nicht kompensierbarer Waldfunktionen vom LGB und angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.	-
50 Karte 84	Glau	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Fläche fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR, FFH oder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen belegt - gering verbleibende Flächen von Bodenflächendenkmalen oder von vorrangwürdiger Landwirtschaft betroffen - Gebiet vollständig im LSG sowie im Flugkorridor Großtrappe	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
51 Karte 37	Gortz	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Fläche fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR sowie FFH, außerdem vollständig SPA	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet		Kenntnisnahme.	-



Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
				<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht kompensierbare Waldfunktionen</li> <li>- Flächen vorrangwürdiger Landwirtschaft</li> <li>- Gebiet vollständig im LSG sowie im Flugkorridor Großtrappe</li> <li>- randlich Fischadlerhorst sowie Gehöft</li> </ul>	<b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert			
52 Karte 87	Gottsdorf	VB09	Übernahme in den Regionalplan, reduziert um den südlichen Teil	<ul style="list-style-type: none"> <li>- LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung,</li> <li>- im S nicht kompensierbare Waldfunktion</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher kein Gewinnungsbetrieb</li> <li>- Kein gültiger Betriebsplan</li> <li>- Baubeschränkungsgebiet</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</li> <li>- Kontur des Vorbehaltsgebietes überwiegend auf die Grenzen des Baubeschränkungsgebietes angepasst</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Gottsdorf <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der langfristigen Rohstoffsicherung erforderlich,</li> <li>- Lagerstätte hat Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
53 Karte 39	Götz	-	keine Übernahme in den Regionalplan	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht kompensierbare Waldfunktionen</li> <li>- vollständig im LSG</li> <li>- innerhalb des Gebiets Seeadlerhorst</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt</li> <li>- Kein gültiger Betriebsplan</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lagerstätte hat Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Gebiets des Seeadlers ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
54 Karte 41	Gräben	VB10	Übernahme in den Regionalplan	<ul style="list-style-type: none"> <li>- LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Derzeit keine Gewinnung</li> <li>- Kein gültiger Betriebsplan (ABP, HBP ausgelaufen)</li> <li>- Betrieb insolvent</li> <li>- Bisher in Anspruch genommene Flächen sind aus der Bergaufsicht entlassen</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Vorräte im Norden, Westen und Süden, außerhalb der früheren Betriebsplanflächen, vorhanden)</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
					grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR			
55 Karte 88	Gräfendorfer Heide	VB11	Übernahme in den Regionalplan		<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sand <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Kenntnisnahme. Hinweis: Auf Anregung des LFB im Beteiligungsverfahren zum ersten Planentwurf wird das Vorbehaltsgebiet im Osten an die Wegestruktur angepasst und um den schmalen randlichen Waldsaum reduziert.	VB11
56 Karte 4	Gräningen- West	VB12	reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduktion um nicht kompensierbare Waldfunktionen sowie Wintereinstandsgebiet der Großtrappe nördlich der L 98 - LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit des Rohstoffs der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
57 Karte 8	Hoppenrade	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- nicht kompensierbare Waldfunktionen - Flächenbodendenkmal im Gebiet	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet überwiegend auf die frühere HBP-Fläche angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Belange des Denkmalschutzes im Gebiet sind im Einzelfall im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Keine Übernahme in den Regionalplan. Begründung: Im gesamten Gebiet bestehen kumulierende Raumansprüche (nicht kompensierbare Waldfunktionen gemäß LfB, Flächenbodendenkmal, Biotope). Damit sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.	-
58 Karte 9	Knoblauch	-	keine Übernahme in den Regionalplan	mehrfache Betroffenheiten - im Norden angrenzende Siedlungsbereiche von Knoblauch - vorrangwürdige Landwirtschaftsflächen - Lage im Naturpark Westhavelland - vollständig im Flugkorridor Großtrappe	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Vorbehaltsgebiet nach Süden und Osten über das Bergwerkseigentum hinaus ausgedehnt und an die Infrastruktur (Straße) angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Knoblauch <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,	(VB)	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					- die Belange der Landwirtschaft sind im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Belange des Naturschutzes sind im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b>			
59 Karte 47	Medewitz-Ost	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR - Betroffenheiten NSG, FFH und Waldfunktionen - Betroffenheit Siedlungsbereiche von Medewitz im Südwesten - fast vollständig im LSG - fast vollständig im Flugkorridor Großtrappe	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Verlagerung / Verschiebung der VB-Fläche nach Südosten, - der Flugkorridor der Großtrappe ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Betroffenheiten von NSG, FFH sind nicht mehr gegeben (durch Verlagerung der Fläche), - die Betroffenheit der Siedlungsbereiche von Medewitz im Südwesten ist nicht mehr gegeben (durch Verlagerung der Fläche), <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
60 Karte 13	Möthlitz-Süd	VB21	Übernahme in den Regionalplan	- Bestands-WEA liegt außerhalb des Gebiets und ist nicht Bestandteil eines Eignungsgebiets für Winderngenutzung - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit des Rohstoffs Ton der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigener Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Kenntnissnahme. Gemäß Forderung des LfU werden zusätzliche Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans erarbeitet. Das VB21 war auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt.	VB21
61 Karte 14	Nennhausen	VB22	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduktion um nicht kompensierbare Waldfunktion - LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit des Rohstoffs Ton der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Baubeschränkungsgebiet - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Nennhausen <b>Bodenschätze:</b> bergfreie tonige Gesteine <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt, sollte aber vor dem vom LfU dargelegten LSG-Sachverhalt mit diesem rechtzeitig erörtert werden.	-
62 Karte 51	Niemegk mit	-	keine Übernahme in den Regionalplan, da die Flächen,	- angrenzende Siedlungsbereiche von	siehe Ifd. Nr. 29: Niemegk	VR	wie zu Ifd. Nr. 29: Niemegk	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
	Niemegk-Süd als ein Gebiet ausweisen		die nach Abzug der betroffenen Belange verbleiben, kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind	Niemegk im Süden und Westen des Gebietes - vollständig im Flugkorridor Großtrappe - Größenkriterium VB-K04: 10 ha			Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird wegen der kumulierenden Raumansprüche nicht gefolgt. Begründungen: Das Gebiet wird mittig weitläufig von einem festgesetzten Wasserschutzgebiet im Niederungsbereich durchbrochen. In diesem Bereich befinden sich Moorflächen sowie ein Gewässerbiotop. Die verbleibenden separaten zwei Teilstücke des LBGR-Vorschlages sind jeweils kleiner 10ha und reichen an mehreren Stellen direkt bis an den Siedlungskörper der Stadt Niemegk heran. In dem vom LBGR erweiterten Flächenvorschlag nach Süden beabsichtigt die Stadt Niemegk Wohnbebauungen an der Friedhofstraße sowie der Wiesenstraße. Großen Teilen des LBGR-Flächenvorschlags liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. In summarischer Betrachtung kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	
63 Karte 15	Nitzahn	VB25	reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- Reduktion um nicht kompensierbare Waldfunktion, Abstandsflächen zu den Fischadlerhorsten - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Nitzahn <b>Bodenschätze:</b> bergfreie Kiese und Kiessande <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme. Die Gebietsabgrenzung aus dem ersten Beteiligungsverfahren wird in geringfügig geänderter Form gefolgt. Begründung zur Änderung: Das Vorbehaltsgebiet wird im südöstlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren „Öko-Solarpark Nitzahn West“ der Gemeinde Milower Land (Verfahrensnummer: 10306) reduziert.	VB25
64 Karte 97	Oehna	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
65 Karte 53	Plötzin-Ost VB mit Plötzin-Ost Rohstoff-potential-fläche als ein Gebiet ausweisen und als Plötzin-Ost VB benennen	VB26	Übernahme in den Regionalplan zusammen mit Flächen aus Ifd. Nr.94		<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Der Gebietsvorschlag wird in reduzierter Form mit Teilen des räumlich angrenzenden LBGR-Vorschlages Nr. 94 übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.	VB26
66 Karte	Pritzerbe	-	keine Übernahme in den Regionalplan	mehrfache Betroffenheiten:	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung	VB	Dem vom LBGR geänderten Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
54				<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiraumverbund LEP HR, NSG, LSG, Hochwasserschutzbereiche,</li> <li>- Waldfunktion,</li> <li>- Bodenflächendenkmal</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> keine</p> <p><b>Bodenschätze:</b> grundeigener Ton</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung (mit Ton) erforderlich,</li> <li>- nach Verkleinerung der Fläche des VB-Gebietes keine Betroffenheiten mehr bezüglich des Freiraumverbund LEP HR, des NSG, des LSG und der Hochwasserschutzbereiche,</li> <li>- die Belange des Denkmalschutzes im Gebiet sind im Einzelfall im weiteren bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <p><b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b></p>		<p>Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Mittlere Havel und Niederung der Unteren Havel) sowie zu Vogelschutzgebieten (hier Niederung der Unteren Havel) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet und Natur- und Landschaftsschutzgebiete in direkter Nachbarlage.</p> <p>Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.</p>	
67 Karte 57	Reetz 4	VB27	Übernahme in den Regionalplan		<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnungsbetrieb eingestellt</li> <li>- Kein gültiger Betriebsplan</li> <li>- Bergaufsicht beendet</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Rohstoffe im ehemaligen Tagebau nicht ausgebeutet)</li> <li>- Vorbehaltsgebiet nach Süden über die Flächen des ehemaligen Betriebsplanes hinaus ausgedehnt (weitere Rohstoffreserven)</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> keine</p> <p><b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</p>	VB	<p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	-
68 Karte 58	Reetz-Süd	VB28	Übernahme in den Regionalplan		<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Neue Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes</li> <li>- Rohstoffreserveflächen des laufenden Gewinnungsbetriebs</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> Bergwerksfeld Reetz und grundeigen</p> <p><b>Bodenschätze:</b> bergfreie tonige Gesteine und grundeigener Ton</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</p>	VB	<p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p> <p>Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen des LSG verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes, wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung hier aber unberührt.</p>	-
69 Karte 60	Schlunkendorf	-	keine Übernahme in den Regionalplan	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht kompensierbare Waldfunktionen</li> <li>- vollständig im LSG</li> </ul>	<p><b>Bisherige Situation:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnungsbetrieb eingestellt</li> <li>- Betrieb insolvent</li> <li>- Betriebspläne (ABP, HBP) ausgelaufen</li> <li>- Plan für die Sanierung von Altlasten im Tagebau angeordnet</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</li> <li>- Vorbehaltsgebiet über die Flächen des ehemaligen HBP nach Osten und Süden hinaus ausgedehnt (Rohstoffreserven)</li> </ul> <p><b>Bergbauberechtigung:</b> keine</p> <p><b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b></p>	VB	<p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	-



Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
70 Karte 2	Schmerzke	VB32	Übernahme in den Regionalplan geringfügig reduziert um Waldfunktion im NO	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht kompensierbare Waldfunktion 2100 im NO</li> <li>- die beabsichtigte Schutzfunktion des Waldes nach 3200 bzgl. Gewerbegebiet kann im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen erzielt werden</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnungsbetrieb eingestellt</li> <li>- Kein gültiger Betriebsplan</li> <li>- Bergaufsicht beendet</li> <li>- Vorbehaltsgebiet nach Nordosten erweitert</li> <li>- Vorbehaltsgebiet im Nordwesten bezieht die aus der Bergaufsicht entlassene Fläche mit ein (Restvorräte vorhanden)</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		<p>Der Gebietsvorschlag des LBGR wird in reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, Biotope, beabsichtigte Trinkwasserschutzausweisung Rietz, nicht kompensierbare Waldfunktion, Landschaftsbild u.a.). Im nördlichen Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können. Das VB32 war in dem nun verbleibenden Ausmaß auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt.</p> <p>Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt.</p>	VB32
71 Karte 17	Schmetzdorf-Ost 1	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im Freiraumverbund LEP HR	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- noch kein gültiger Betriebsplan</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</li> <li>- Erweiterungsfläche des im Westen laufenden Gewinnungsbetriebs</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Rohstoffvorsorge ist bei der ausschließlichen Betrachtung der HBP-Fläche nicht gewährleistet,</li> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,</li> <li>- der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- obwohl die Flächengröße kleiner 10 ha ist, ist zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Rohstoffgewinnung am Standort die Gewinnung sicherzustellen,</li> </ul> <b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b>	(VB)	<p>Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht.</p> <p>Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p> <p>Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.</p>	-
72 Karte 98	Schöna-Kolpien	VB33	Übernahme in den Regionalplan geringfügig reduziert um Waldfunktion im NW	- Waldfunktion 2100 in kleinem Bereich im NW	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b>	VB	Kenntnisnahme.	VB33

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert			
73 Karte 99	Sernow-Süd	VB34	Übernahme in den Regionalplan	- im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben - der Umgang mit den Bodendenkmalen kann im Rahmen bergbaulicher Betriebsplanfestsetzungen bestimmt werden	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher kein Gewinnungsbetrieb - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Kenntnisnahme. Im Ergebnis des ersten Beteiligungsverfahrens wird das Vorbehaltsgebiet im Norden geringfügig um Flächen erfolgten Waldumbaus reduziert.	VB34
74 Karte 61	Steinberg-Ost	VB35	Übernahme in den Regionalplan	- LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb ruht - Zugelassener Betriebsplan (ABP) - Beendigung der Bergaufsicht vorgesehen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Restvorräte vorhanden) - Vorbehaltsgebiet über die Flächen des früheren ABP nach Norden, Westen und Osten ausgedehnt (Rohstoffreserven) <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes im zugelassenen Betriebsplan (ABP), wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist.	-
75 Karte 62	Tremsdorf	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR - Betroffenheiten NSG, FFH, SPA und Waldfunktionen - vollständig im LSG - Hochwasserbetroffenheiten im Süden	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigener Ton <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung (mit Ton) erforderlich, - nach Verkleinerung der Fläche des VB-Gebietes keine Betroffenheiten mehr bezüglich des Freiraumverbund LEP HR, des NSG, des LSG, des FFH-Gebietes, der SPA und der Hochwasserschutzbereiche im Süden, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
76 Karte 63	Treuenbrietzen-Krähenberg	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterium VBK04	<b>Bisherige Situation:</b> - Derzeit kein Gewinnungsbetrieb - Kein gültiger Betriebsplan - Tagebau teilweise als Motocross- Anlage genutzt - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (auf die Fläche des früheren HBP beschränkt) <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b>	(VB)	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b>		Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.	
77 Karte 20	Vieritz	VB37	Übernahme in den Regionalplan	- Hochwasser Extremereignis ist in Abbaubetriebsplanung zu berücksichtigen - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sand <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Kenntnisnahme. Das Vorbehaltsgebiet ist am östlichen Zipfel geringfügig um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Freilandsolaranlage Vieritz reduziert worden. Hinweis: Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt. Das VB37 war auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt.	VB37
78 Karte 21	Vieritz-Kattenberge	VB38	reduzierte Übernahme in den Regionalplan	- im Süden und Nordwesten nicht kompensierbare Waldfunktionen	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Vorbehaltsgebiet erhalten <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sand <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird in Reduzierung im südlichen Bereich der vom LBGR vorgeschlagenen Fläche um nicht kompensierbare Waldfunktionen entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst gefolgt. Zudem wird es um Teile des neu vorgebrachten LBGR-Gebietsvorschlags Nr. 100 erweitert.	VB38
79 Karte 19	Warsow	VB39	Übernahme in den Regionalplan	- Teile der Flächen unter Bergaufsicht - frühere Gewinnung im gesamten Gebiet - LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnung auf Anordnung ausgesetzt - Ablagerung nicht genehmigter Abfälle - Kein gültiger Betriebsplan (ABP und HBP ausgelaufen) - Betrieb stillgelegt - Firma insolvent - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet; - Abgebaute bzw. verfüllte Flächen im Nordwesten aus dem Vorbehaltsgebiet ausgespart - Kontur des Vorbehaltsgebietes im Süden an die aufgeschobene Umwallung angepasst <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes (aus einem Abschlussbetriebsplan), wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	-
80 Karte 35	Wildenbruch-Nord	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterium VBK04	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte gut erkundet, aber noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung zum Vorranggebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sand <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - Erkundungsergebnisse liegen vor, wurden geprüft, - Fläche wurde nach rohstoffgeologischen Gesichtspunkten geprüft und erweitert, - somit Flächengröße über 10 ha, - Rohstoffqualität ist gegeben	VB	Die vom LBGR nunmehr erweitert vorgebrachte Fläche zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet erreicht eine Größe von mehr als 10ha. Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
81 Karte 67	Wollin-Friesdorf	VB40	Übernahme in den Regionalplan	- LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb in den Wendejahren eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
82 Karte 68	Wollin-Gräben	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- südliche Hälfte im Freiraumverbund LEP HR und verbleibender Bereich nach Größenkriterium VB-K04 kleiner als 10 ha - vollständig im LSG - Brutplatz Schwarzstorch in direkter Nähe	<b>Bisherige Situation:</b> - Keine Gewinnung - Zugelassener Betriebsplan (ABP) - Derzeitiger Betreiber beabsichtigt Stilllegung des Tagebaus - Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet - Kontur des Vorbehaltsgebietes im Südwestteil auf die Flächen des zugelassenen ABP (Restvorräte) angepasst und nach Osten ausgedehnt <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
83 Karte 22	Zachow	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- große Teile im FFH - nicht kompensierbare Waldfunktionen	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Neuausweisung eines Vorbehaltsgebietes östlich des Tagebaus Zachow - Rohstoffreserven für den Tagebau Zachow <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
84 Karte 102	Zossen	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- mehrere nicht kompensierbare Waldfunktionen	<b>Bisherige Situation:</b> - Gewinnungsbetrieb eingestellt - Kein gültiger Betriebsplan - Bergaufsicht beendet - Herabstufung des Vorranggebietes zum Vorbehaltsgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Keine Übernahme in den Regionalplan. Begründung: Im fast gesamten Gebiet besteht Konflikt mit den vom LfB angemeldeten nicht kompensierbaren Waldfunktionen, die mit Raumansprüche aus unmittelbarer Nachbarschaft (Freiraumverbund, NSG) kumulieren. Damit sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung in regionalem Maßstab Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt, wobei auch hier im Genehmigungsverfahren obig erwähnten Raumnutzungssituationen durch die Fachbehörden erhebliche Bedeutung zugemessen werden wird.	-

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
85 Karte 69	Bergholz-Rehbrücke	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im Freiraumverbund LEP HR - vollständig im LSG - nicht kompensierbare Waldfunktionen	<b>Bisherige Situation:</b> - keine Gewinnung - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
86 Karte 103	Frankenfelde	VB06	Übernahme in den Regionalplan als VB		<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/Lfu in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
87 Karte 70	Görzke	VB08	Übernahme in den Regionalplan als VB, reduziert um einen östlichen Teil	- im O nicht kompensierbare Waldfunktion - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben - LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird gemäß der Stellungnahme MLUK/Lfu nicht mehr gefolgt Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/Lfu in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
88 Karte 71	Grebs	VB13	Übernahme in den Regionalplan als VB, reduziert um westliche Bereiche	- Eignungsgebiete für Windkraftnutzung (WEG) besitzen Vorrang vor Vorbehaltsgebietsfestlegung Rohstoffgewinnung - außerhalb von WEG bestehende Windenergieanlagen behalten Bestandsschutz, eine nachfolgende Nutzung der Fläche zur Rohstoffgewinnung ist aber nicht ausgeschlossen - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme. Eine Anpassung in Auswertung des Beteiligungsverfahrens zum ersten Regionalplanentwurf ist nach Forderungen in den Stellungnahmen LFU, MLUK gemäß erfolgter Kompensationsmaßnahmen in den Randbereichen des VB13 zur Autobahn A2 hin sowie Waldumbau im Südwesten erfolgt. Außerdem ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffe um einen nördlichen Streifen entlang der A2 geringfügig um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Photovoltaikanlage an der BAB2 reduziert worden. Anmerkung: Im östlichen Bereich des Gebiets werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf zusätzlich Raumansprüche zum Trinkwasserschutz vermerkt. Das hier geltend gemachte hydrodynamische Einzugsgebiet steht aber mit keiner angrenzenden Trinkwasserschutzzone in Verbindung. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.	VB13
89 Karte 5	Groß Glienicke-Nord	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- vollständig im Freiraumverbund LEP HR - vollständig im NSG und LSG - nicht kompensierbare Waldfunktion im Süden	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite		Kenntnisnahme.	-



Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
					<b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert			
90 Karte 104	Kallinchen-Süd	VB16	Übernahme in den Regionalplan als VB, erheblich reduziert auf die Kernflächen, die sich an das benachbarte Vorranggebiet Rohstoffgewinnung anschließen	- mehrere nicht kompensierbare Waldfunktionen - Schutzbereiche um Seeadlerhorste - Pufferbereiche zu an südwestlicher Spitze angrenzenden Flächen von NSG und FFH	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme. Dem Gebietsvorschlag wird unter geringfügiger Erhöhung des Abstandes zum FFH und NSG im Südwesten des VB gefolgt. Begründung: Das LfU stellt mögliche Konflikte zum FFH sowie NSG Jägersberg-Schirknitzberg südlich des VB heraus. Zur Konfliktvermeidung wird das VB geringfügig um 70m zu diesen Gebieten zurückgenommen. Eine räumliche Verbindung zum zugelassenen Betriebsplan des VR27 Wünsdorf soll bestehen bleiben, um betriebstechnische Synergien offen zu halten. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.	VB16
91 Karte 72	Krahne-Ost	VB17	Übernahme in den Regionalplan als VB, reduziert um einen Schutzbereich um Fischadlerhorst	- im SW Fischadler angrenzend	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das LfU macht auf das Vorhandensein eines Schwarzstorchhorstes aufmerksam und setzt als Orientierungswert für die planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz einen Wert von 500 m Radius um den Horst an. Die 500 m seien freizuhalten von Rohstoffgewinnung und Zufahrten. Das VB17 ist daher am südlichsten Ende um 0,1 ha reduziert worden. Außerdem erfolgte im Norden eine Anpassung der GIS-Daten des LBGR an die vorhandene Straßeninfrastruktur der K6948.	VB17
92 Karte 105	Lindenbrück	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- nicht kompensierbare Waldfunktionen - vollständige Lage im LSG sowie WSG Zone III - NSG und FFH unmittelbar angrenzend	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - beim Abbau ist der Grundwasserschutz sicher zu stellen damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwasserleiters kommt, d. h. keine Freilegung des Grundwassers, Abbau nur im Trockenschnitt, - die Möglichkeit der Beeinflussung des NSG und des FFH-Gebietes ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange wasserwirtschaftlicher Nutzung (WSG Zone III) vom LfU geltend gemacht.	-
93 Karte 73	Medewitz	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- große Teile im Freiraumverbund LEP HR - Betroffenheit vorrangwürdige Landwirtschaftsflächen - Betroffenheit Siedlungsbereiche von Medewitzerhütten im Osten - vollständig im LSG - vollständig im Flugkorridor Großtrappe	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		Kenntnisnahme.	-
94 Karte 53	Plötzin-Ost VB mit Plötzin-Ost	VB26	Übernahme in den Regionalplan als VB, zusammen mit lfd. Nr.65, reduziert um westliche Bereiche	- bewohnte Gehöfte im Nordwesten - nicht kompensierbare Waldfunktionen	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet	VB	Der Gebietsvorschlag wird in reduzierter Form mit Teilen des räumlich angrenzenden LBGR-Vorschlages Nr. 65 übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht	VB26

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
lfd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
	Rohstoff-potential-fläche als ein Gebiet ausweisen und als Plötzin-Ost VB benennen				<b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert		(Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.	
95 Karte 74	Rädel-Nord	-	keine Übernahme in den Regionalplan	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lage fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR, in NSG und FFH</li> <li>- nicht kompensierbare Waldfunktionen im Osten und Norden,</li> <li>- Betroffenheit Siedlungsbereiche von Rädel im Westen</li> <li>- außerdem vollständig im LSG (außer Siedlungsbereich)</li> </ul>	<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Torf <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich,</li> <li>- nur noch wenige Torf-Lagerstätten in Brandenburg,</li> <li>- Abbau nur kleinräumig und saisonal,</li> <li>- Abbau für balneologische Zwecke,</li> <li>- obwohl die Flächengröße kleiner 10 ha ist, ist die Rohstoffgewinnung am Standort sicherzustellen,</li> <li>- die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- durch Verkleinerung der Fläche, ist der Siedlungsbereich nicht mehr betroffen,</li> <li>- der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> <li>- die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG, des NSG und des FFH-Gebietes ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,</li> </ul> <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b> <b>=&gt; diese Fläche ist nicht kartographisch darzustellen, jedoch im Regionalplan als VB-Gebiet zu listen</b>	(VB)	Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweise: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete den Regionalplanlesern aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als weitere "Ergänzende Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden. Das Gebiet befindet sich fast vollständig im LSG, Freiraumverbund LEP HR, in NSG und FFH.	-
96 Karte 75	Rietz-Ost	VB29	Übernahme in den Regionalplan als VB		<b>Bisherige Situation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bisher keine Gewinnung</li> <li>- Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen</li> <li>- Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet</li> </ul> <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	VB	Dem Gebietsvorschlag wird in abgeänderter, reduzierter Form gefolgt. Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Flämingrumpeln und Trockenkuppen) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope in direkter Nachbarlage. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen	VB29

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Festlegung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR-Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Festlegung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Festlegung als
							Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.	
97 Karte 76	Rietz-Süd	VB30	Übernahme in den Regionalplan als VB, geringfügig reduziert um die südlichen Gebietsrandlagen geschützter Waldfunktionen	- in südlicher Gebietsrandlage: Waldfunktionen 2100 und 7720	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme. Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans gefolgt: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betrifft die Festlegung ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotope. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotope innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. Daher wird die Flächendarstellung des VB im nördlichen und östlichen Teil entsprechend der dort ausgeprägten Biotope reduziert.	VB30
98 Karte 77	Schlunkendorf-Südost	VB31	Übernahme in den Regionalplan als VB, reduziert um die Flächen geschützter Waldfunktion	- nicht kompensierbare Waldfunktionen - LSG Verordnung bietet Möglichkeit der Befreiung - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen im Süden wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-
99 Karte 78	Trechwitz	VB36	Übernahme in den Regionalplan als VB, geringfügig reduziert um Berührungsbereiche zum FRV im Norden	- Freiraumverbund LEP HR im nördlichen Randbereich - im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> Begründung der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming wird akzeptiert	VB	Kenntnisnahme. Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt.	VB36
100 Karte 21	Vieritz-Kattenberge-Nord	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- Lage fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR - nicht kompensierbare Waldfunktion in weiten Teilen des Gebiets - außerdem vollständig im LSG	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> grundeigene Quarze und Quarzite <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - Verlagerung / Verschiebung der VB-Fläche nach Südwesten, - im SW sind dieselben rohstoffgeologischen Verhältnisse anzutreffen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen,	VB	Dem verlagert vorgebrachten LBGR-Gebietsvorschlag wird in Reduzierung um nicht kompensierbare Waldfunktionen entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst gefolgt. Wegen der Nachbarlage zum VB 38 (LBGR-Vorschlag-Nr. 78) wird es diesem Vorbehaltsgebiet zugeschlagen.	zus. mit VB38

Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 – 1. Entwurf vom 5. Oktober 2021					Stellungnahme vom LBGR (01. Juli 2022)		Regionalplan 3.0 – 2. Entwurf vom 26. Juni 2025	
Ifd. Nr.	Gebietsname	Fest- legung als	Anmerkungen zur vorgeschlagenen LBGR- Flächenabgrenzung	Begründungen	Stellungnahme vom LBGR	Fest- legung vom LBGR als	Abwägung der Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Fest- legung als
					- die Betroffenheit vom Freiraumverbund LEP HR ist nicht mehr gegeben, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>			
101 Karte 23	Warsow- West	-	keine Übernahme in den Regionalplan	- große Teile des Gebiets im SPA - südliche Bereiche als Wintereinstandsgebiet Großtrappe - mehrere nicht kompensierbare Waldfunktionen in weiten Teilen des Gebiets - außerdem vollständig im LSG	<b>Bisherige Situation:</b> - Bisher keine Gewinnung - Kein gültiger Betriebsplan - Lagerstätte noch nicht aufgeschlossen - Ausweisung zum Rohstoffpotenzialgebiet <b>Bergbauberechtigung:</b> keine <b>Bodenschätze:</b> Sand <b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes:</b> - die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich, - die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG und der SPA ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, - die Betroffenheit vom Wintereinstandsgebiet Großtrappe ist nach Verkleinerung des Gebietes nicht mehr gegeben, <b>=&gt; somit erneuter Gebietsvorschlag vom LBGR</b>	VB	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/Lfu in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	-

## Abwägung der Fachbeiträge aus der Stellungnahme des LBGR vom 20.10.2025 zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
1	<b>VR 01</b> Berkenbrück-Ruhlsdorf  -Ausweisung erfolgt nur auf HBP-Fläche  <b>VB</b> Berkenbrück-Ruhlsdorf	<p>Übernahme in den Regionalplan, ohne den nordwestlichen Teil</p> <p>Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nur in Bezug auf die genehmigten Bereiche des HBP/RBP als VR gefolgt. Begründung LFU 02: Alle anderen Bereiche Kiese/Sande im LSG werden gemäß Stellungnahme MLUK/LfU nicht übernommen, sofern hierfür keine rechtskräftigen HBP/RBP mit Befreiung von der LSG_VO vorliegen. Hier geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der flächenmäßigen Festlegung für das VR 01 nicht folgen. Die vorrangige Festlegung der Fläche nur auf die Fläche des HBP entspricht weder einer geordneten Aufsuchung und Gewinnung noch der vorsorgenden Sicherung von standortgebundenen Rohstoffen. Rohstoffe sind durch Erkundungen nachgewiesen. Es bestehen für die abbauenden Betriebe keine weiteren Erweiterungsflächen. Die Lagerstätte ist <u>dringend</u> zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich.</p> <p>Die Möglichkeit einer Befreiung von der Verordnung über das betroffene Landschaftsschutzgebiet ist in konkreten Planungen zum Rohstoffabbau (bergrechtliches Genehmigungsverfahren) zu prüfen. Erst in diesem sind die genauen Parameter des Rohstoffabbaus und die genaue Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Vorranggebiet über die Fläche des beantragten Rahmen- und Hauptbetriebsplanes</b></p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Vorbehaltsgebiet über die Fläche außerhalb der Rahmenbetriebsplan- und Hauptbetriebsplanfläche, aber innerhalb der Fläche des Bergwerkfeldes.</b></p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Kiessandlagerstätte möglich. Damit ist auch die Fortführung der Abbautätigkeit am Standort zur mittel- bis langfristigen Deckung des Rohstoffbedarfs regionalplanerisch gesichert.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.</p>
2	Damsdorf/ Am Vogelstangenberg	<p><b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß der beantragten Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1.Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg (Verfahrensnummer: 9990) einschließlich perspektivischer Nachnutzung der Tagebaufläche für eine PV-Anlage entfällt eine Fläche von 4,97 ha für eine Festlegung im</p>	<p>Das LBGR kann der Einschätzung der regionalen Planungsstelle folgen. Fordert aber hier eine neue Festlegung innerhalb der KOR 50 Fläche.</p> <p>Der nachgewiesene Rohstoff dient der Rohstoffsicherung und dient somit einer zukünftigen regionalen Rohstoffversorgung.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b>  <b>Neuer Gebietsvorschlag (siehe Karte)</b></p>	<p>Den durch Vergrößerung auf 11 ha abgeänderten Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß der beantragten Beendigung der Kiesgewinnung lt. Antrag auf Zulassung der 1.Änderung des Abschlussbetriebsplans für den Tagebau Damsdorf / Am Vogelstangenberg (Verfahrensnummer: 9990) einschließlich perspektivischer Nachnutzung der Tagebaufläche für eine PV-Anlage entfällt eine Fläche von 4,97 ha für eine Festlegung im Vorranggebiet Rohstoffgewinnung. In diesem Antrag sowie im Telefonat mit Herrn Anders vom LBGR am 04.04.24 wird dargestellt, dass auf dieser Fläche die Auskiesung abschließend erfolgt sei. In Anwendung des Planungskonzepts (Kriterium VR-K05: Mindestgröße 10ha) zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0</p>

Karte Nr.	Gebiets-name	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Vorranggebiet Rohstoffgewinnung. In diesem Antrag sowie im Telefonat mit Herrn Anders vom LBGR am 04.04.24 wird dargestellt, dass auf dieser Fläche die Auskiesung abschließend erfolgt sei. In Anwendung des Planungskonzepts (Kriterium VR-K05: Mindestgröße 10ha) zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Damsdorf Am Vogelstangenberg in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.		führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Damsdorf Am Vogelstangenberg in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Die Abwandlung der neu vom LBGR vorgeschlagenen Fläche betrifft Flächen, die vom Landesbetrieb Forst in der überarbeiteten Waldfunktionskartierung mit nicht kompensierbarer Waldfunktion belegt wurden. Außerdem befinden sich hier Kompensationsflächen, so dass die verbleibende Fläche kleiner 10 ha ist. Bergbauvorhaben kleiner 10 ha erlangen keine regionale Bedeutung und werden deshalb regionalplanerisch nicht festgelegt. Hinweis: Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.
3	Dobbrikow-Süd	<b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b>  Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Für die verbleibende Fläche des genehmigten HBP besteht keine regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen. Der RBP und HBP befinden sich bereits im Zulassungsverfahren. Die Lagerstätte ist bereits geologisch erkundet und besitzt eine durchschnittliche Rohstoffmächtigkeit von 11 m.  Die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung <u>dringend</u> erforderlich.  Die Möglichkeit einer Befreiung von der Verordnung über das betroffene Landschaftsschutzgebiet ist in konkreten Planungen zum Rohstoffabbau (bergrechtliches Genehmigungsverfahren) zu prüfen.  Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Die vorgeschlagene Fläche ist ca. 40 ha groß.  <b>VR Rohstoffgewinnung:</b> <b>Vorranggebiet über die Fläche des beantragten Rahmen- und Hauptbetriebsplanes</b>	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet. Das Zulassungsverfahren ist seit etlichen Jahren nicht zum Abschluss gekommen.
	VR03 Emstal	<b>Vollständige Übernahme in den Regionalplan</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung durch das LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
4	Fichtenwalde-Nord Fichtenwalde-Süd	Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt, auch nicht mehr in Teilbereichen. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange nicht kompensierbarer Waldfunktionen vom LGB und angrenzender wasserwirtschaftlicher Nutzung vom LfU geltend gemacht.	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen. Die Lagerstätte ist bereits durch zahlreiche Bohrungen im Jahr 1988 geologisch erkundet wurden und besitzt eine durchschnittliche Mächtigkeit von 26 m. Der Rohstoff Sand, der sich zur Herstellung von Kalksandstein eignet, wurde nachgewiesen. Für die langfristige Rohstoffsicherung ist die regionalplanerische Festlegung unverzichtbar.  Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG und die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst hier sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme tatsächlich bekannt.  Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung des Vorranggebietes und des Vorbehaltsgebietes erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Die vorgeschlagenen Flächen sind ca. 230 ha und 30 ha groß.  Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:  <b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Das Vorranggebiet ist über die vollständige Fläche des Bergwerksfeldes-Fichtenwald-Nord und der vollständigen Fläche des Bergwerksfeldes-Fichtenwald-Süd auszuweisen.  <b>VB Rohstoffgewinnung</b> Vorbehaltsgebiet über die angrenzende Fläche nach Osten als mögliche Erweiterungsfläche  Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Kiessandlagerstätte möglich.	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.
	VR 04 Fohrder Berg-Nord und Süd	<b>Übernahme in den Regionalplan</b>  Das vom LBGR vorgeschlagene Gebiet bildet die Fläche zugelassener Betriebspläne ab und wird so in den Regionalplan übernommen.	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
	VR 05 Fresdorfer Heide	<b>Übernahme in den Regionalplan</b>  Die vom LBGR vorgeschlagene Gebietskulisse wird angepasst an den Planfeststellungsbeschluss (PFB) des LBGR vom 10. November 2023 zum Vorhaben „Änderung und Erweiterung des Kiessandtagebaus Fresdorfer Heide“ der	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Firma Bauzuschlagstoffe und Recycling GmbH übernommen.		
5	VR 06 Glienick	<p><b>Teilweise Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Der Gebietsvorschlag wird in Orientierung auf die rechtskräftigen Betriebspläne und entsprechenden Bergbauberechtigungen angepasst übernommen. Für darüber hinaus gehende Randbereiche werden von Fachbehörden Konflikte in Bezug auf Wasserschutz (WSG Groß Schulzendorf in Planung) sowie auf nicht kompensierbare Waldfunktionen geltend gemacht. Insbesondere die Reduzierung der vorgeschlagenen Fläche im Osten resultiert aus dort gebündelt vorhandenen, nach Stellungnahme des LFB nicht kompensierbaren Waldfunktionen: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort, 3100 Lokaler Klimaschutzwald, 3200 Lokaler Immissionsschutzwald. Damit kann dort der Festlegung eines Vorrangs für die Rohstoffnutzung vor allen anderen raumbedeutsamen Nutzungen in regionalem Maßstab nicht eingeräumt werden.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nur in Teilen folgen. Zusätzlich sind die Flächen, die außerhalb des Vorranggebietes und somit außerhalb der Hauptbetriebsplanfläche, aber innerhalb der Berechtsamsfläche und nach Südosten hinaus bis zur Lagerstättengrenze liegen, ebenfalls als Vorranggebiet auszuweisen. (Rohstoffreserven, potenzielles Erweiterungsgebiet)</p> <p>Aufgrund der Einzigartigkeit und Seltenheit des Rohstoffes in der Region ist die Verkleinerung der Fläche nicht nachvollziehbar. Es handelt sich um eine gut erkundete Lagerstätte mit langer Abbauhistorie. Die Rohstoffgewinnung bzw. die Rohstoffsicherung muss hier Vorrang vor konkurrierenden Nutzungen haben.</p> <p>Die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die genauen Parameter des Rohstoffabbaus und die genaue Flächeninanspruchnahme bekannt. Es ist auch die Fläche außerhalb der Bergbauberechtigungen als VR-Gebiet zu belassen, damit die Gewährleistung der regionalen Rohstoffversorgung mit dem einzigartigen Tonrohstoffen gewährleistet ist.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung</b> Vorranggebiet ist über die Fläche des Hauptbetriebsplanes und des Bergwerksfeldes-Glienick und nach Osten und Westen bis an die Lagerstättengrenze auszuweisen. Ist keine großflächige Ausweisung als Vorranggebiet möglich, ist die Fläche, welche außerhalb von Bergrechtsverhältnissen liegt, als Vorbehaltsgebiet festzulegen.</p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Tonlagerstätte möglich. Damit ist auch die Fortführung der Abbautätigkeit am Standort zur mittel- bis langfristigen Deckung des Rohstoffbedarfs regionalplanerisch gesichert.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.</p>
6	Glindow	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem vom LBGR zuletzt über 10 ha hinaus vergrößerten Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Dem LBGR-Flächenvorschlag liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen. Die Fläche ist zumindest als Vorbehaltsfläche auszuweisen. Damit die zukünftige Versorgung mit dem Rohstoff Ton gesichert ist. Es handelt sich hier um Tonvorkommen, welche in einer sehr gut erkundeten Lagerstätte liegen. Die Gewinnung der hiesigen Tonreserven hat lange Tradition. Eine Ausweisung sollte aufgrund der Einzigartigkeit des Rohstoffes zwingend erfolgen.</p> <p>Die Rohstoffgewinnung bzw. die Rohstoffsicherung sollte hier zumindest vorbehaltlich Vorrang vor konkurrierenden Nutzungen haben.</p> <p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die genauen Parameter des Rohstoffabbaus und die genaue Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Vorbehaltsfläche ist innerhalb der Lagerstätte festzulegen.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.		<p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.</p>
7	Görzke	<p><b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ist kleiner als 10 ha und besitzt damit gemäß Planungskonzept keine regionalplanerische Relevanz (&lt; 10 ha).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen, diese widerspricht dem Kriterium VR-K01 der Planungsstelle. Die Gewinnung ist aktuell über einen HBP bis 2027 gesichert. Um den abbauenden Betrieb und die Lagerstätte auch zukünftig zu sichern ist die vorgeschlagene Fläche als Vorranggebiet auszuweisen.</p> <p>Die Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung <u>dringend</u> erforderlich.</p> <p>Die weitere Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen beantragten bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die genauen Parameter des Rohstoffabbaus und die genaue Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Vorranggebiet ist über die Fläche des Hauptbetriebsplanes nach Norden bis an die Lagerstättengrenze auszuweisen.</p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich. Die Fortführung der Abbautätigkeit ist damit am Standort zur mittel- bis langfristigen Deckung des Rohstoffbedarfs regionalplanerisch gesichert.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. VR-K01 stünde einer Festlegung auch nicht entgegen. Die nach Nichtfestlegung eines benachbarten Rohstoffgebietes verbleibende Fläche des vom LBGR vorgeschlagenen Vorranggebietes ist kleiner als 10 ha und besitzt damit gemäß Planungskonzept Kriterium VR-K05 keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p>
	VR 08 Großwudicke	<b>Übernahme in den Regionalplan</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
8	VR 09 Güterfelde	<p><b>Übernahme in Regionalplan, geringfügig reduziert</b></p> <p>Reduzierung des vom LBGR vorgeschlagenen Vorranggebiets: Aufgrund vorgebrachter Bedenken der Stadtgüter Berlin zu Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen des Natur- und Artenschutzes sowie der Wasserbehörde der Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität,</p>	<p>Das LBGR kann der flächenmäßigen Festlegung für das VR 09 nicht folgen. Die vorrangige Festlegung der Fläche nur auf die Fläche des HBP entspricht weder einer geordneten Aufsuchung und Gewinnung noch der vorsorgenden Sicherung von standortgebundenen Rohstoffen. Rohstoffe sind durch stattfindenden Abbau nachgewiesen. Es bestehen für die abbauenden Betriebe keine weiteren Erweiterungsflächen. Die vorgeschlagene Fläche ist <u>dringend</u> zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung erforderlich.</p> <p>Alle anderen Belange sind im Rahmen der konkreten</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		<p>Verbraucher- und Klimaschutz) zur Lage im Einzugsgebiets für das Wasserwerk Beelitzhof, kann dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe nur noch im Bereich des zugelassenen Hauptbetriebsplans Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden.</p>	<p>Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen und bei Bedarf durch entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung zu berücksichtigen.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Vorranggebiet ist über die Fläche des Hauptbetriebsplanes festzulegen</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b> Die Fläche, welche außerhalb von jeglichen Bergrechtsverhältnissen liegt, ist als Vorbehaltsgebiet festzulegen (siehe Karte).</p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich. Die Fortführung der Abbautätigkeit ist damit am Standort zur mittel- bis langfristigen Deckung des Rohstoffbedarfs regionalplanerisch gesichert.</p>	<p>für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefördert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p>
	VR 10 Horstfelde-Nord	Übernahme HBP in den Regionalplan als VR, die anderen Teile geringfügig reduziert als Erweiterungsmöglichkeit VB	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VR 11 Horstfelde-Süd	Übernahme HBP in den Regionalplan als VR, die anderen Teile als Erweiterungsmöglichkeit VB	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Knoblauch-Kapellberg	<p>keine Übernahme in den Regionalplan</p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Zeitplan des beantragten ABP (LBGR – Gesch-Z k 22-1.4-1-3, Stn 10126) endet der für die vollständige Rohstoffgewinnung beantragte Hauptbetriebsplan im Jahr 2028. Die Stilllegung und Entlassung der Fläche aus der Bergaufsicht werden für das Jahr 2030 angestrebt. Damit verbleiben in absehbarer Zeit von der ursprünglich vom LBGR gemäß seines Fachbeitrags angemeldeten Fläche lediglich 7 ha.</p> <p>In Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 führt diese Nutzungsänderung dazu, von einer Festlegung des Gebietes Knoblauch-Kapellberg als regional bedeutsames Rohstoffgebiet Abstand zu nehmen.</p> <p>Auch die mit Mail von edisnatur vom 04.06.2024 zum Standort einer geplanten WEA übermittelte LBGR Sachstandseinschätzung führt nach Anwendung des Planungskonzepts zur Festlegung von Rohstoffgebieten im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 zu einer verbleibenden Fläche von weniger als 10 ha und damit dazu, von einer Festlegung des Gebietes Knoblauch-Kapellberg als regional</p>	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		bedeutsames Rohstoffgebiet in einem überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Abstand zu nehmen. Zusätzlich hält der LFB an der Reduzierung bzgl. nicht kompensierbarer Waldfunktionen fest: hier 5400 kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet		
	VR 13 Krahne  VB 18 Krahne-Prützke	Übernahme des westlichen Bereichs Krahne als VR, des östlichen Bereichs Prützke als VB	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme
	VR 14 Lietzow	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VR 15 Lindower Heide	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VR 16 Linthe	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VR 17 Linthe 2	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Luckenwalde Weinberge-Ost	keine Übernahme in den Regionalplan  Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterien VR-K05 bzw. VB-K04	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Markendorf	keine Übernahme in den Regionalplan  Größenbetrachtung 10 ha gemäß Kriterien VR-K05 bzw. VB-K04	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR.	Kenntnisnahme
9	Marzahne	keine Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag des LBGR wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Damit ist die verbleibende Fläche des genehmigten HBP ohne regionalplanerische Relevanz (< 10 ha).	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen, diese widerspricht unter anderem dem Kriterium VR-K01 der Planungsstelle. Die Gewinnung ist aktuell über einen HBP bis 2028 gesichert. Um den abbauenden Betrieb und die Lagerstätte auch zukünftig zu sichern ist die vorgeschlagene Fläche als Vorranggebiet zu auszuweisen. Die Fläche die außerhalb des aktuellen HBP liegt dient als zukünftige Erweiterungsfläche und somit als Sicherheit für den abbauenden Betrieb.  Die nachgewiesene Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung dringend erforderlich.  Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG sowie alle anderen Belange sind im Rahmen der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen und bei Bedarf durch entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung zu berücksichtigen.  Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:  <b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Vorranggebiet im Norden an die Fläche des bis 2028 befristeten Hauptbetriebsplanes angepasst und nach Westen und Süden über die Fläche des HBP hinaus.  Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich. Die Fortführung der Abbautätigkeit ist damit	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
			am Standort zur mittel- bis langfristigen Deckung des Rohstoffbedarfs zusätzlich regionalplanerisch gesichert.	außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.
10	VR 19 Michelsdorf	<b>Übernahme in den Regionalplan: bestehende Betriebsplanflächen als VR</b> , restliche Teile als VB, da WSG-Raumkonkurrenzen nicht vollständig abgeglichen sind Für die Fläche des VR19 besteht ein zugelassener Hauptbetriebsplan, so dass für diese eine Übernahme als Vorranggebiet in den Regionalplan erfolgt. Für die gesamte Fläche des vom LBGR als Vorranggebiet angemeldete Fläche beabsichtigt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland die Festsetzung einer Schutzzone für das Wasserwerk Michelsdorf. Das Verfahren mit rechtssicheren Gebietsausweisungen hierzu ist nicht abgeschlossen. Somit kann über die Fläche des Hauptbetriebsplans hinaus weder dem Belang des Wasserschutzes noch dem des Rohstoffabbaus abschließend Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Es verbleibt damit die Darstellung gemäß dem ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen. Die Gewinnung ist aktuell über einen HBP bis 2027 gesichert. Um den abbauenden Betrieb und die Lagerstätte auch zukünftig zu sichern ist die vorgeschlagene Fläche (zusätzliche der Rahmenbetriebsplanfläche) als Vorranggebiet auszuweisen.  Die nachgewiesene Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung dringend erforderlich.  Eine Erweiterung der Gewinnungsfläche über die Grenzen der aktuellen HBP-Fläche ist bei Bedarf als Erweiterungsfläche dringend notwendig.  In der Lagerstätte ist die Gewinnung von qualitativ hochwertigem Deponieabdeckmaterial möglich.  Die Festsetzung der geplanten Wasserschutzzone ist geplant, steht aber noch aus. Die damit im Zusammenhang stehenden Entscheidungen sowie alle anderen Belange sind im Rahmen der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen und bei Bedarf durch entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung zu berücksichtigen.  Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Das LBGR fordert daher folgende Festlegungen:  <b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Vorranggebiet im Norden und Osten auf die Flächen des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP anpassen. Die restliche Fläche, welche außerhalb von Bergrechtsverhältnissen liegt, ist weiterhin als Vorbehaltsgebiet zu führen (siehe Karte).	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet. Die über den genehmigten Hauptbetriebsplan vom LBGR angemeldete Fläche ist bereits als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung festgelegt. Das Zulassungsverfahren in diesem Bereich ist seit etlichen Jahren nicht zum Abschluss gekommen.
	VR 20 Möthlow	<b>Übernahme in den Regionalplan</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
11	Nichel	<b>keine Übernahme in den Regionalplan</b>  Dem vom LBGR unterbreiteten Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt.	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen.  Die nachgewiesene Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung dringend erforderlich. Das Rohstoffvorkommen wurde aufgrund des ehemaligen Abbaus sicher nachgewiesen. Es handelt sich um ein	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		<p>Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Obere Nieplitz) heraus. Darüber hinaus befinden sich nach LFB benannte Gebiete mit Waldfunktionen im Gebiet sowie Biotope und ein Landschaftsschutzgebiet in direkter Nachbarlage. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>Kiessandvorkommen, das als Schütt- und Füllmaterial sowie als Bausand verwendet werden kann. Die durchschnittliche Rohstoffmächtigkeit beträgt 14 m. Die Auswirkungen der evtl. zukünftigen Rohstoffgewinnung auf das FFH-Gebiet sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Durch die formale Festlegung der Fläche als Vorbehaltsgebiet erfolgen keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das FFH-Gebiet. Die Auswirkungen des Vorhabens können erst im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft werden. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Das LSG und das FFH-Gebiet sind aktuell durch die vorgeschlagene auszuweisende Fläche nicht direkt betroffen.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b>  <b>Vorbehaltsgebiet ist im Süden über die Flächen des früheren HBP hinaus zu erweitern und an das FFH-Gebiet und LSG nach Möglichkeit anzupassen.</b></p>	<p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.</p>
	VR 21 Niederwerbig B	<b>Übernahme in den Regionalplan, reduziert um Teile im Westen des Gebietes</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
12	Niemegk mit Niemegk-Süd als ein Gebiet ausweisen	<p><b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Vorschlag zur Festlegung des Gebietes als Vorranggebiet wird wegen der kumulierenden Raumansprüche nicht gefolgt. Das Gebiet wird mittig weitläufig von einem festgesetzten Wasserschutzgebiet im Niederungsbereich durchbrochen. In diesem Bereich befinden sich Moorflächen sowie ein Gewässerbiotop. Die verbleibenden separaten zwei Teilstücke des LBGR-Vorschlages sind jeweils kleiner 10ha und reichen an mehreren Stellen direkt bis an den Siedlungskörper der Stadt Niemegk heran. In dem vom LBGR erweiterten Flächenvorschlag nach Süden beabsichtigt die Stadt Niemegk Wohnbebauungen an der Friedhofstraße sowie der Wiesenstraße. Großen Teilen des LBGR-Flächenvorschlags liegen keine bergbaulichen Berechtigungen zu Grunde. In summarischer Betrachtung kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen. Die nachgewiesene Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung dringend erforderlich. Das Rohstoffvorkommen wurde aufgrund des ehemaligen Abbaus sicher nachgewiesen.</p> <p>Die Belange, welche laut Planungsstelle zu kumulierenden Raumansprüchen führen, sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen und zu bewerten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- baurechtliche Belange (Abstand zur Siedlung, Arbeitszeiten)</li> <li>- die Mindestmächtigkeit einer Resttonschicht ist beim Abbau sicher zu stellen, damit es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Grundwassers kommt,</li> <li>- Flugkorridor der Großtrappe</li> </ul> <p>Demnach sind alle Belange im Rahmen der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen und bei Bedarf durch entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung zu berücksichtigen und im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen.</p> <p>Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung:</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	Das Vorranggebiet ist im Norden und im Nordwesten über die Grenzen des Bergwerkseigentums hinaus und bis zur Grenze der Lagerstätte ausgedehnt. Im Osten ist das Vorranggebiet auf die Grenze der Lagerstätte begrenzt.	Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. Hinweis: Darüber hinaus ist ein großer Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebiets mit einem Abschlussbetriebsplan belegt. Hier sind bereits Bauschuttmengen in einer Mächtigkeit von mehr als 20m Höhe abgelagert.
	VR 22 VB 24 Niemegk / An der Autobahn	Übernahme in den Regionalplan geringfügig reduziert um Waldfunktion im NO, dabei überwiegender Teil als VR und der verbleibende Teil als VB in Bereichen Bodendenkmal und Waldfunktion	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
13	Potsdam-Süd 1	<b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b>  Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründungen: 1. Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft. Darüber hinaus befindet es sich im LSG sowie WSG. 2. Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als "Zweckdienliche Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen.  Die seit 1977 ausführlich erkundete Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung vor allem im Raum Potsdam dringend erforderlich. Das Rohstoffvorkommen wurde aufgrund des ehemaligen Abbaus sicher nachgewiesen.  Es sind alle Belange im Rahmen der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen und bei Bedarf durch entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung zu berücksichtigen und im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen.  Demnach ist auch der Freiraumschutz im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ebenfalls ist die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG und die Möglichkeit einer Kompensation der Waldfunktion im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die genauen Parameter des Rohstoffabbaus und die genaue Flächeninanspruchnahme bekannt.  Gut erkundete Lagerstätten sind auch unter 10 ha sicherungswürdig, siehe dazu Ausführungen unter Hinweise zu IV.2.2.2  Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  <b>VR Rohstoffgewinnung:</b> <b>Ausweisung des Vorranggebietes östlich des Abschlussbetriebsplanes.</b>	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener bzw. erkundeter Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen. Hinweis: Die Ausführungen unter dem Hinweis zu IV.2.2.2 sind unter der Bearbeitungs-ID BE-ID 1073 behandelt.

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.		
13	Potsdam-Süd 2	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründungen: Das Gebiet befindet sich im LSG sowie im Freiraumverbund nach LEP HR. Gemäß Zielfestlegung 6.2 des LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Ausnahmen hiervon sind an hohe Maßstäbe des Plangebers des LEP HR gebunden und liegen nicht im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen.</p> <p>Die seit 1977 ausführlich erkundete Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung vor allem im Raum Potsdam dringend erforderlich.</p> <p>Der Freiraumschutz ist im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ebenfalls ist die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die genauen Parameter des Rohstoffabbaus und die genaue Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Neuausweisung eines Vorbehaltsgebiet südlich der Bahnlinie bzw. südlich des Tagebaus Potsdam-Süd.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.</p>
14	Rädel	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b>, da die Flächen, die nach Abzug der betroffenen Belange verbleiben, kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen.</p> <p>Die ausführlich erkundete Lagerstätte ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung mit dem seltenen Rohstoff Ton dringend erforderlich.</p> <p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört</p>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
			<p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Vorbehaltsgebiet ist an die Grenzen der Lagerstätte anzupassen.</b></p>	<p>hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (hier insbesondere Freiraumverbund LEP HR, nicht kompensierbare Waldfunktion(en) im zentralen Bereich sowie Lage im Landschaftsschutzgebiet). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen. Hinweise: Alle vom LBGR angemeldeten Flächen sind zusätzlich in einer zweckdienlichen Unterlage zum Regionalplan dokumentiert. Zudem sind nach ROG § 7 (8) Raumordnungspläne mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen.... und dann ggfls. fortzuschreiben. Wenn begründet, werden dann Flächen und Standorte auch neu bewertet.</p>
	VR 23 Reetz-Nord	Übernahme in den Regionalplan Gültiger Rahmenbetriebsplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VR 24 Rietz-Nordwest	In Teilen Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans gefolgt: 1. entsprechend Zustimmung des LBGR zum Antrag Ingenieurbüro Scholz (Mail 23.03.2022) Reduzierung um 4,6 ha (Flurstücke 334, z.T.333) nördlich des HBP und damit Wegfall der weiter nördlich verbleibenden, losgelösten Restfläche von 4 ha. 2. Der Bereich des bis zum 30.09.2023 gültigen HBP ist weitgehend ausgesandert und der Abschluss des Abbauvorhabens wird vorbereitet. Die Stadt Treuenbrietzen beabsichtigt im Rahmen einer Bauleitplanung die Festlegung eines Sondergebietes für PV-Anlagen (Bebauungsplan BPNR 2021_05 "Sondergebiet PV Freianlage Kiesgrube Rietz"). 3. Die Bereiche mit beendeter Bergaufsicht nach LBGR werden ausgespart.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
15	Schmetzdorf-Ost	keine Übernahme in den Regionalplan	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen.	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		<p>Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p> <p>Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als "Zweckdienliche Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.</p>	<p>Aufgrund der angestrebten großflächigeren Festlegung und der nicht vorhandenen kumulierenden Raumansprüche ist es ratsam die Fläche zumindest als Vorbehaltsgebiet auszuweisen. Innerhalb der Fläche des abgelaufenen Hauptbetriebsplanes befinden sich Restvorräte in Höhe von 670.000 t.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Vorbehaltsgebiet ist im Osten an die Grenzen des abgelaufenen HPB und im Westen bis an die Grenze der Lagerstätte anzupassen.</p>	<p>Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (hier insbesondere Freiraumverbund LEP HR). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p>
16	Stechow-Bauernberge	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p> <p>Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen, diese widerspricht dem Kriterium VR-K01 der Planungsstelle. Die Gewinnung ist aktuell über einen HBP bis 2026 gesichert. Ein neuer HBP wird bereits erarbeitet. Um den abbauenden Betrieb und die Lagerstätte auch zukünftig zu sichern ist die vorgeschlagene Fläche als Vorranggebiet auszuweisen.</p> <p>Die Lagerstätte wurde 1980 gut erkundet und ist zur Sicherstellung der regionalen Rohstoffversorgung dringend erforderlich.</p> <p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG und die Möglichkeit der Kompensation der Waldfunktion ist in den bereits beantragten und zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen.</p> <p>Im Rahmen der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung können alle Belange geprüft und bei Bedarf durch entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung zu berücksichtigt werden.</p> <p>Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Das Vorranggebiet ist über die HBP-Fläche hinaus auszuweisen.</p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich. Die Fortführung der Abbautätigkeit ist damit am Standort zur mittel- bis langfristigen Deckung des Rohstoffbedarfs regionalplanerisch gesichert.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (hier insbesondere 1.) Erweiterungen der Betriebsplanflächen nach W und S betreffen LSG, 2.) nicht kompensierbare Waldfunktionen im W und S des Gebietes). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.
	VR 25 Viesen	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VR 26 Vietznitz	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Wahlsdorf	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
17	Wollin, Großes Stück	keine Übernahme in den Regionalplan,  da die Flächen, die nach Abzug der betroffenen Belange verbleiben, kleiner als 10 ha und damit nicht von regionalplanerischer Relevanz sind  Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Die über den genehmigten Hauptbetriebsplan hinaus umgebenden Flächen betreffen LSG, WSG Zone III sowie vom LFB festgesetzte nicht kompensierbare Waldfunktionen. Somit kann dem Belang des Rohstoffabbaus abschließend kein Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen eingeräumt werden. Die Fläche des Hauptbetriebsplans selbst umfasst weniger als 10 ha des Gebietes, wodurch die regionalplanerische Relevanz für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht mehr gegeben ist. Eine weitere Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen, diese widerspricht dem Kriterium VR-K01 der Planungsstelle. Die Gewinnung ist aktuell über einen HBP bis 2026 gesichert. Um den abbauenden Betrieb und die Lagerstätte auch zukünftig zu sichern ist die vorgeschlagene Fläche als Vorranggebiet auszuweisen.  Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG und die Möglichkeit der Kompensation der Waldfunktion ist in den bereits beantragten und zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die tatsächlichen Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.  Somit ist die Gesamtheit der raumbedeutsamen Nutzungen gegenüber dem Belang der Rohstoffgewinnung im bergrechtlichen Verfahren zu prüfen.  Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  <b>VR Rohstoffgewinnung:</b> Vorranggebiet über die HBP-Fläche hinaus ausgedehnt bis an die Grenzen der Lagerstätte reichend.	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.
18	VR 27 Wündorf	Übernahme in den Regionalplan, reduziert um südliche Flächen  Eine Übernahme in den Regionalplan erfolgt nur noch reduziert auf die Flächen der zugelassenen Betriebspläne Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betreffen die darüber hinaus gehenden Bereiche ein Mosaik umfangreicher	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.  Die Gewinnung ist aktuell über einen HBP bis Ende 2025 gesichert. Weiterhin befindet sich der obligatorische Rahmenbetriebsplan im Genehmigungsverfahren.  Um den abbauenden Betrieb und die Lagerstätte auch zukünftig zu sichern ist die Fläche des HBP und des beantragten RBP als Vorranggebiet auszuweisen.	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		<p>geschützter Biotop. Beide TÖB beziehen sich auf eine festgestellte Unzulässigkeit gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG (angrenzendes LSG) bzw. § 30 Abs. 2 BNatSchG (umfangreiche gesetzlich geschützte Biotop im Gebiet) sowie auf § 34 Abs. 7 BNatSchG.</p> <p>Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotop innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen.</p> <p>In dem verbleibenden Bereich ist der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung bereits im Rahmen der bestehenden Abgrabungsgenehmigung entsprochen.</p> <p>Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Alternative Gewinnungsbereiche mit weniger Nutzungskonflikten sind nördlich der Betriebsplanflächen als VB avisiert.</li> <li>2. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</li> </ol>	<p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Biotop ist in den bereits beantragten und zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen.</p> <p>Die Gesamtheit der raumbedeutsamen Nutzungen gegenüber dem Belang der Rohstoffgewinnung ist im bergrechtlichen Verfahren zu prüfen.</p> <p>Erst im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren sind die tatsächlichen Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die aktuelle und zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorranggebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VR Rohstoffgewinnung:</b>  Vorranggebiet im Nordwesten an die Kontur des bereits zugelassenen HBP anpassen. Südlich und östlich ist das Vorranggebiet an die Fläche des im Zulassungsverfahren befindlichen RBP anzupassen.</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  Die restliche Fläche des Bewilligungsfeldes ist als Vorbehaltsfläche auszuweisen.</p>	<p>oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>Hinweis: Das Zulassungsverfahren für einen Erweiterungsbereich ist seit etlichen Jahren nicht zum Abschluss gekommen.</p>
	VR 28 Zachow	<p><b>Reduzierte Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 gefolgt:</p> <p>Das LfU macht in einer zusätzlichen Abstimmung im Jahr 2023 mögliche Konflikte zum, im SW angrenzenden Vogelschutzgebiet Fiener Bruch geltend. Zur Konfliktvermeidung wird das VR um die 30m Offenland zwischen Vogelschutzgebiet und zugelassenem Betriebsplan (hier Planfestlegung aufgrund bestehender Abgrabungsgenehmigung) reduziert.</p> <p>Die nördlich über den zugelassenen Betriebsplan hinaus gehenden Flächen befinden sich in einer Entfernung von 340 m und mehr zum Vogelschutzgebiet. Infolge der Bewaldung und des zwischenliegenden zugelassenen Betriebsplans mit Abgrabungsgenehmigung ist keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele anzunehmen, da keine essentiellen Lebensräume der wertgebenden Arten in Anspruch genommen und Flugbeziehungen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Der vom LFU geforderten FFH-Vorprüfung wurde entsprochen. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.</p>	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
	VB 41 Baruth	<p><b>Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Die vom LBGR nunmehr erweitert vorgebrachte Fläche zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet erreicht eine Größe von mehr als 10ha und wird größtenteils übernommen. In geringfügiger Anpassung an die Grenzen des umgebenden LSG, Herausnahme des Biotops sowie geringfügiger Reduzierung im Nordosten um gemäß LFB nicht kompensierbare Waldfunktionen werden die kumulierenden Raumansprüche auf ein Vorbehaltsgebiet reduziert, bei dessen Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten sind, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das LfU stellt in einer Abstimmung im Jahr 2023 Konflikte aus der Lage im LSG „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ und den damit geltenden Bestimmungen der Schutzgebietsverordnung heraus. Nach den der Regionalen Planungsstelle vorliegenden GIS-Daten ist das Gebiet jedoch nicht Bestandteil des LSG, sondern offenbar wegen existierender Bergbaubewilligung von einer LSG-Festlegung ausgespart. Bezüglich des ursächlich aus Rohstoffgewinnung heraus resultierenden FFH-Gebietes Kiesgrube Spitzenberge in nördlicher Nachbarlage erfolgte in summarischer Beurteilung eine FFH-Vorprüfung, in dessen Ergebnis keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind.</p>	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
19	VB 01 Bensdorf / Vehlener Berge	<p><b>reduzierte Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>- Reduktion um Flächen des Freiraumverbundes und nicht kompensierbare Waldfunktion</p> <p>- im Abgleich mit den vorrangwürdigen Landwirtschaftsflächen wird der Standortgebundenheit der Rohstoffe der Vorzug gegeben</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen.</p> <p>Es handelt sich bei dem östlichen, reduzierten Teil um eine Fläche, welche 1980 ausführlich erkundet wurde. Hierbei wurde eine Rohstoffmächtigkeit von 25 m erbohrt. Die Sicherstellung der Lagerstätte ist daher für die Rohstoffsicherung dringend erforderlich.</p> <p>Der Freiraumschutz und die nicht kompensierbaren Waldfunktionen sind im Einzelfall bei allen Planungen und Maßnahmen im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren sind die tatsächlichen Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b></p> <p>Vorbehaltsgebiet ist im Südosten auf die Fläche des Baubeschränkungsgebietes und im Nordwesten auf die Fläche des Bergwerksfelds zu begrenzen.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in</p>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.
	VB 02 Bensdorf-Ost	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VB 03 Bensdorf-West	geringfügig reduzierte Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag wird in geänderter, reduzierter Form gefolgt. Begründungen: In Auswertung des Beteiligungsverfahrens ergeben sich folgende Feststellungen: 1. Das Vorbehaltsgebiet wird im nordwestlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren Solarpark Altbensdorf (9762) reduziert. 2. Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Pelze) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet. Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
20	Fernneuen-dorf	keine Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.  Die Lagerstätte ist durch Bohrungen im Jahr 1971 sehr gut erkundet wurden. Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung.  Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Zusätzlich ist in der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen, ob	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	<p>entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen sind.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  <b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Der nördliche Bereich der Lagerstätte ist als Vorbehaltsgebiet auszuweisen.</b></p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich.</p>	<p>oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (hier bereits benannt: nicht kompensierbare Waldfunktion zentral im Gebiet, vollständige Lage im LSG, NSG und FFH unmittelbar angrenzend). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	Glau	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
21	Gortz	keine Übernahme in den Regionalplan	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte ist durch Bohrungen im Jahr 1963 erkundet wurden.</p> <p>Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung für einen seltenen Rohstoff (Einzigartigkeit).</p> <p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des FFH-Gebiets und des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Zusätzlich ist in der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen, ob entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung festzulegen sind.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  <b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Neuausweisung als Vorbehaltsgebiet</b></p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: - Fläche fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR sowie FFH, außerdem vollständig SPA, - nicht kompensierbare Waldfunktionen, - Gebiet vollständig im LSG, - randlich Fischadlerhorst sowie Gehöft). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.
22	Gottsdorf	<p><b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte ist durch Bohrungen im Jahr 1977 intensiv erkundet wurden. Das nachgewiesene Kiessandvorkommen entspricht dem auszuweisenden Vorbehaltsgebiet und dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung.</p> <p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Zusätzlich ist in der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen, ob entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen sind.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Die Fläche des Vorbehaltsgebiet ist überwiegend an die Grenzen des Baubeschränkungsgebiet anzupassen.</p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: Lage im LSG und nicht kompensierbare Waldfunktionen). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	Götz	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines</p>	<p><b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b> (keine Erkundungsbohrungen, demnach nicht nachgewiesen)</p>	<p><b>Kenntnisnahme</b></p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		"atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).		
23	Gräben	<p><b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung. Die Lagerstätte wurde durch Bohrungen nachgewiesen. Die Qualität des Rohstoffes ist in gleicher Qualität wie im ehemaligen Gewinnungsbetrieb zu erwarten. Das nachgewiesene Rohstoffvorkommen dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Zusätzlich ist in der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen, ob entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen sind.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Die Fläche des Vorbehaltsgebiet ist überwiegend an die Grenzen der Fläche des Altbergbaus anzupassen.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: Lage im LSG und nicht kompensierbare Waldfunktionen). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	VB 11 Gräfendorfer Heide	<p><b>Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Kenntnisnahme. Hinweis: Auf Anregung des LFB im Beteiligungsverfahren zum ersten Planentwurf wird das Vorbehaltsgebiet im Osten an die Wegestruktur angepasst und um den schmalen randlichen Waldsaum reduziert.</p>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
24	Gräningen-West	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte wurde durch Bohrungen nachgewiesen. Die Qualität des Rohstoffes ist in gleicher Qualität wie im ehemaligen Gewinnungsbetrieb zu erwarten.</p> <p>Das nachgewiesene Rohstoffvorkommen dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2.</p>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	<p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Zusätzlich ist in der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen, ob entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen sind.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> <b>Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</b></p> <p>Nur so ist eine ausgewogene und angemessene regionalplanerische Sicherung der Lagerstätte möglich.</p>	<p>und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: Lage im LSG, Biotope und nicht kompensierbare Waldfunktionen). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
25	Hoppenrade	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Begründung: Im gesamten Gebiet bestehen kumulierende Raumansprüche nicht kompensierbare Waldfunktionen gemäß LfB, Flächenbodendenkmal, Biotope). Damit sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung. Die Lagerstätte wurde 1969 erkundet. Der ehemalige Gewinnungsbetrieb ist eingestellt. Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung.</p> <p>Die Belange der Rohstoffsicherung sind gegenüber den anderen Raumansprüchen (Flächenbodendenkmal, Biotope) im zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> <b>Neuausweisung als Vorbehaltsgebiet. Vorbehaltsgebiet ist überwiegend auf die frühere HBP-Fläche (Fläche unter Bergaufsicht) angepasst.</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.
	Knoblauch	keine Übernahme in den Regionalplan  Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als "Zweckdienliche Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
26	Medewitz-Ost	keine Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.  Die Lagerstätte wurde durch Bohrungen nachgewiesen.  Das nachgewiesene Rohstoffvorkommen dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung.  Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.  Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten. Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  <b>VB Rohstoffgewinnung:</b> <b>Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet</b>	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: - fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR, - Betroffenheiten NSG, FFH und Waldfunktionen, - Betroffenheit Siedlungsbereiche von Medewitz im Südwesten, - fast vollständig im LSG). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				<p>regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	VB 21 Möthlitz-Süd	<p><b>Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Kenntnisnahme. Gemäß Forderung des LfU werden zusätzliche Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans erarbeitet. Das VB21 war auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt.</p>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
27	Nennhausen	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt, sollte aber vor dem vom LfU dargelegten LSG-Sachverhalt mit diesem rechtzeitig erörtert werden.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte wurde in den 1950er und 1960er Jahren intensiv erkundet. Das nachgewiesene Tonvorkommen eignet sich zur Herstellung von Hintermauerziegeln und ist aufgrund seiner Einzigartigkeit unbedingt sicherungswürdig. Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung für einen seltenen Rohstoff (Einzigartigkeit).</p> <p>Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG ist in den zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Zusätzlich ist in der konkreten Abbauplanung bzw. Abbaugenehmigung zu prüfen, ob entsprechende Maßgaben hinsichtlich Abbauart und Abbauführung im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen sind.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b> <b>Vorbehaltsgebiet ist auf die Fläche des Bergwerkfeldes begrenzt.</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: Lage im LSG, Biotope und nicht kompensierbare Waldfunktionen). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten.</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.
	VB 25 Nitzahn	reduzierte Übernahme in den Regionalplan  Kenntnisnahme. Die Gebietsabgrenzung aus dem ersten Beteiligungsverfahren wird in geringfügig geänderter Form gefolgt. Begründung zur Änderung: Das Vorbehaltsgebiet wird im südöstlichen Bereich um das dort eingeleitete Bauleitplanverfahren „Öko-Solarpark Nitzahn West“ der Gemeinde Milower Land (Verfahrensnummer: 10306) reduziert.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Oehna	keine Übernahme in den Regionalplan  fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR (keine Erkundungsbohrungen, demnach keine nachgewiesene Lagerstätte)	Kenntnisnahme
	VB 26 Plötzin-Ost VB mit Plötzin-Ost Rohstoff- potential- fläche als ein Gebiet ausweisen und als Plötzin-Ost VB benennen	Übernahme in den Regionalplan zusammen mit Flächen aus lfd. Nr.94 Der Gebietsvorschlag wird in reduzierter Form mit Teilen des räumlich angrenzenden LBGR-Vorschlages Nr. 94 übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
28	Pritzerbe	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Mittlere Havel und Niederung der Unteren Havel) sowie zu Vogelschutzgebieten (hier Niederung der Unteren Havel) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotope im Gebiet und Natur- und Landschaftsschutzgebiete in direkter Nachbarlage.</p> <p>Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“</p> <p>Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem überwiegenden Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte wurde in den 1960er Jahren intensiv erkundet. Das nachgewiesene Tonvorkommen ist aufgrund seiner Einzigartigkeit unbedingt sicherungswürdig. Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung für einen seltenen Rohstoff (Einzigartigkeit).</p> <p>Das Tonvorkommen ist vor konkurrierenden Nutzungen zu schützen. Baurechtliche und naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen.</p> <p>Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b>  <b>Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet. Vorbehaltsfläche grenzt an LSG, keine direkte Betroffenheit mehr</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiraumverbund LEP HR,</li> <li>- unmittelbar benachbart NSG, FFH und LSG,</li> <li>- Biotope und Hochwasserschutzbereiche). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</li> </ul> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
29	Reetz 4	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt.</p> <p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte wurde im Jahr 1992 intensiv erkundet. Das nachgewiesene Kiessandvorkommen dient der langfristigen Rohstoffsicherung.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Somit ist auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG im bergrechtlichen Verfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab)</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
			Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet. Vorbehaltsgebiet ist nach Süden über die Flächen des ehemaligen Betriebsplanes hinaus auszuweisen (weitere Rohstoffreserven).	Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.
30	Reetz-Süd	keine Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen des LSG verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes, wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist. Eine Abbaumöglichkeit in kleinräumigem Maß auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung hier aber unberührt.	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung. Die Lagerstätte wurde im Jahr 1959 intensiv erkundet. Das nachgewiesene Tonvorkommen muss dringend als Reservefläche für den aktiven Bergbau dienen (geordnete Aufsuchung und Gewinnung). Weiterhin dient die erkundete Lagerstätte der langfristigen Rohstoffsicherung für einen seltenen Rohstoff.  Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.  Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Somit ist auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG im bergrechtlichen Verfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.  Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  <b>VB Rohstoffgewinnung</b> Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (vorhandene Bergrechtsverhältnisse).	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
31	Schlunkendorf	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Qualität der Lagerstätte ist durch den ehemaligen Abbau bestätigt. Das Sandvorkommen in der Lagerstätte besitzt eine mittlere Rohstoffmächtigkeit von 9 m und eignet sich als Füllmaterial, Schüttgut, Bausand und zur Herstellung von Kalksandstein Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung.</p> <p>Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b> Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet. Das Vorbehaltsgebiet grenzt an die Flächen des ehemaligen HBP und ist nach Osten und Süden über den ehemaligen HBP hinaus ausgedehnt auszuweisen.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt: Lage im LSG und nicht kompensierbare Waldfunktionen). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	VB 32 Schmerzke	<p><b>Übernahme in den Regionalplan geringfügig reduziert um Waldfunktion im NO</b></p> <p>Der Gebietsvorschlag des LBGR wird in reduzierter Form übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, Biotope, beabsichtigte Trinkwasserschutzausweisung Rietz, nicht kompensierbare Waldfunktion, Landschaftsbild u.a.). Im nördlichen Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr. Die Rechtsqualität</p>	<p><b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b></p>	<p><b>Kenntnisnahme</b></p>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können. Das VB32 war in dem nun verbleibenden Ausmaß auch im Regionalplan 2020 mit dem LfU abgestimmt. Gemäß Forderung des LfU werden Steckbriefe der VB im Rahmen der SUP zum zweiten Entwurf des Regionalplans nachgeholt.		
15	Schmetzdorf-Ost 1	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p> <p>Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als "Zweckdienliche Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Qualität der Lagerstätte ist durch den ehemaligen Abbau bestätigt. Es bestehen keine kumulierenden Raumansprüche. Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung. Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Vorbehaltsgebiet ist im Osten an die Grenzen des abgelaufenen HPB und im Westen bis an die Grenze der Lagerstätte anzupassen.</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (hier insbesondere Freiraumverbund LEP HR). Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	VB 33 Schöna-Kolpien	<b>Übernahme in den Regionalplan geringfügig reduziert um Waldfunktion im NW</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
	VB 34 Sernow-Süd	<b>Übernahme in den Regionalplan</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
32	Steinberg-Ost	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Qualität der Lagerstätte ist durch den ehemaligen Abbau bestätigt.</p>	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		<p>Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p> <p>Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes im zugelassenen Betriebsplan (ABP), wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist.</p>	<p>Die Lagerstätte dient damit der langfristigen Rohstoffsicherung. Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet (Restvorräte vorhanden).</b>  <b>Das Vorbehaltsgebiet ist über die Flächen des früheren ABP nach Norden, Westen und Osten ausgedehnt auszuweisen.</b></p>	<p>Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
33	Tremsdorf	keine Übernahme in den Regionalplan	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung. Die Lagerstätte wurde durch zahlreiche Bohrungen intensiv erkundet. Das nachgewiesene Tonvorkommen dient für die langfristige Rohstoffsicherung für einen seltenen Rohstoff.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen. Somit ist auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG im bergrechtlichen Verfahren zu prüfen. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b>  <b>Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet.</b></p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- fast vollständig im Freiraumverbund LEP HR,</li> <li>- Betroffenheiten NSG, FFH, SPA und Waldfunktionen,</li> <li>- vollständig im LSG,</li> <li>- Hochwasserbetroffenheiten im Süden).</li> </ul> <p>Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen,</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				<p>die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	Treuenbrietzen-Krähenberg	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt. Hinweis: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als "Zweckdienliche Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand</p>	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VB 37 Vieritz	Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VB 38 Vieritz-Kattenberge	reduzierte Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
34	Warsow	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LFU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Qualität der Lagerstätte ist durch den ehemaligen Abbau bestätigt. In der Nähe des ehemaligen Tagebau Warsow sind keine weiteren Sandabbau vorhanden, demnach dient das Vorkommen der zukünftigen regionalen Rohstoffversorgung und der langfristigen Rohstoffsicherung in der Region. Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Nach Abzug der nicht festlegbaren Flächen verbleiben weniger als 10 ha des Gebietes (aus einem Abschlussbetriebsplan), wodurch die regionalplanerische Relevanz nicht mehr gegeben ist. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt	<p>Gut erkundete Lagerstätten sind auch unter 10 ha sicherungswürdig, siehe dazu Ausführungen unter Hinweise zu IV.2.2.2</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet. Die abgebauten und verfüllten Flächen im Nordwesten sind aus dem festzulegenden Vorbehaltsgebiet ausgespart. Die Kontur des Vorbehaltsgebietes ist im Süden an die aufgeschobene Umwallung angepasst.</p>	<p>Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
35	Wildenbruch-Nord	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Die vom LBGR nunmehr erweitert vorgebrachte Fläche zur Festlegung als Vorbehaltsgebiet erreicht eine Größe von mehr als 10ha. Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die Lagerstätte wurde intensiv erkundet. Erkundungsergebnisse liegen dem LBGR vor und wurden geprüft, aufgrund der Ergebnisse erfolgte die Erweiterung der Lagerstätte in Richtung Osten. Die Qualität der Lagerstätte ist ebenfalls gegeben.</p> <p>Die Lagerstätte dient der zukünftigen regionalen Rohstoffversorgung und der langfristigen Rohstoffsicherung in der Region. Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen (wie bereits benannt):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lage im LSG und</li> <li>- keine regionalplanerische Festlegung, da Flächen kleiner 10 ha entsprechend der Begründung im Planungskonzept keine Bedeutung auf regionaler Ebene erlangen).</li> </ul> <p>Außerdem ist in diesem, vom LBGR vorgeschlagenen Gebiet eine Waldumwandlung als Realkompensation zum Vorhaben Deponie Fresdorfer Heide avisiert.</p> <p>Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen</p>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
				Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.
36	Wollin-Friesdorf	<p><b>Keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Die auszuweisende Fläche liegt im Bereich des Erkundungsfeldes von 1958. Der Rohstoff wurde während der Erkundung in zahlreichen Bohrungen nachgewiesen.</p> <p>Die Lagerstätte dient der zukünftigen regionalen Rohstoffversorgung und der langfristigen Rohstoffsicherung in der Region.</p> <p>Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme des LSG. Erst in diesem sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung:</b> Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet. Die Fläche des Vorbehaltsfläche befindet sich nicht mehr auf der Fläche des Altbergbaus.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>Zudem erfolgt mit der Flächenreduzierung durch das LBGR auf 6,8 ha keine regionalplanerische Festlegung, da Flächen kleiner 10 ha entsprechend der Begründung im Planungskonzept keine Bedeutung auf regionaler Ebene erlangen.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
	Wollin-Gräben	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Zachow	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
37	Zossen	<p>keine Übernahme in den Regionalplan</p> <p>Keine Übernahme in den Regionalplan. Begründung: Im fast gesamten Gebiet besteht Konflikt mit den vom LfB angemeldeten nicht kompensierbaren Waldfunktionen, die mit Raumansprüchen aus unmittelbarer Nachbarschaft (Freiraumverbund, NSG) kumulieren. Damit sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung in regionalem Maßstab Umwelt- und andere Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Eine Abbaumöglichkeit in kleinerem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt, wobei auch hier im Genehmigungsverfahren obig erwähnten Raumnutzungssituationen durch die Fachbehörden erhebliche Bedeutung zugemessen werden wird.</p>	<p>Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.</p> <p>Durch die ehemalige Rohstoffgewinnung ist die Qualität des Rohstoffes bekannt. Der Rohstoff eignet sich sowohl als Füll- und Schüttgut, als auch zur Herstellung von Kalksandstein sowie als sonstiger Bausand.</p> <p>Die Lagerstätte dient der zukünftigen regionalen Rohstoffversorgung und der langfristigen Rohstoffsicherung in der Region und ist aufgrund seiner geografischen Lage von besonderer Bedeutung bei der Versorgung der Hauptstadtregion mit Baurohstoffen. Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch die Möglichkeit der Kompensation von Waldfunktionen. Erst im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt.</p> <p>Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten.</p> <p>Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:</p> <p><b>VB Rohstoffgewinnung</b> Neuausweisung zum Vorbehaltsgebiet.</p>	<p>Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht.</p> <p>Weitere Begründungen:</p> <p>a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten.</p> <p>b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen.</p> <p>c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.</p>
	Bergholz-Rehbrücke	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Frankenfelde	keine Übernahme in den Regionalplan als VB	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
		Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).		
	Görzke	Keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).		
	VB 13 Grebs	Übernahme in den Regionalplan als VB, reduziert um westliche Bereiche	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Groß Glienicke-Nord	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	VB 16 Kallinchen-Süd	Übernahme in den Regionalplan als VB, erheblich reduziert auf die Kernflächen, die sich an das benachbarte Vorranggebiet Rohstoffgewinnung anschließen  Kenntnisnahme. Dem Gebietsvorschlag wird unter geringfügiger Erhöhung des Abstandes zum FFH und NSG im Südwesten des VB gefolgt. Begründung: Das LfU stellt mögliche Konflikte zum FFH sowie NSG Jägersberg-Schirknitzberg südlich des VB heraus. Zur Konfliktvermeidung wird das VB geringfügig um 70m zu diesen Gebieten zurückgenommen. Eine räumliche Verbindung zum zugelassenen Betriebsplan des VR27 Wünsdorf soll bestehen bleiben, um betriebstechnische Synergien offen zu halten. Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können entsprechende Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
38	VB 17 Krahne-Ost	Übernahme in den Regionalplan als VB, reduziert um einen Schutzbereich um Fischadlerhorst  Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das LfU macht auf das Vorhandensein eines Schwarzstorchhorstes aufmerksam und setzt als Orientierungswert für die planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz einen Wert von 500 m Radius um den Horst an. Die 500 m seien freizuhalten von Rohstoffgewinnung und Zufahrten. Das VB17 ist daher am südlichsten Ende um 0,1 ha reduziert worden. Außerdem erfolgte im Norden eine Anpassung der GIS-Daten des LBGR an die vorhandene Straßeninfrastruktur der K6948.	Das LBGR kann der Entscheidung nicht folgen und widerspricht der Entscheidung.  Baurechtliche und Naturschutzrechtliche Belange sind im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen, so auch das Vorhandensein eines Fischadlerhorstes. Erst im bergrechtlichen Genehmigungsverfahren sind die Merkmale des Rohstoffabbaus und die Größe und Lage der Flächeninanspruchnahme bekannt. Planungsrelevante Arten werden im Vorhabenraum untersucht, dafür wird auf vorhandene Daten zurückgegriffen oder/und Kartierungen durchgeführt.  Die Lagerstätte dient der zukünftigen regionalen Rohstoffversorgung und der langfristigen Rohstoffsicherung in der Region.  Die zukünftige Vorsorge mit Rohstoffen kann nur durch die Festlegung zum Vorbehaltsgebiet erfolgen. Das Raumordnungsgesetz ist einzuhalten. Das LBGR fordert daher folgende Festlegung:  VB Rohstoffgewinnung	Die vorgebrachten Sachverhalte sind bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 behandelt und bewertet worden. Ursprünglich wurde der Begründung zur Reduzierung infolge des Artenschutzes im Beteiligungsverfahren zum ersten Planentwurf vom LBGR auch zugestimmt. Eine geänderte Sachverhaltsbewertung ergibt sich nicht. Weitere Begründungen: a) Zur Aufgabe der Raumordnung gehört die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Raumansprüchen an konkrete Flächen. Die Regionalplanung ist nach Raumordnungsgesetz ROG § 3 (1) Punkte 2. und 3. zur Festlegung von Zielen als abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen sowie von Grundsätzen als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen - beide zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums aufgefordert. Unter besonderer Würdigung der Standortgebundenheit von Rohstoffen gehört hierzu auch die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl anderer Raumansprüche an die konkreten Flächen. Im Ergebnis sollen Gebiete



Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
			Vollständige Ausweisung des vorgeschlagenen Vorbehaltsgebietes.	mit geringen Raumnutzungskonflikten festgelegt sein, die bei Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung (in regionalem Maßstab) Umwelt- und andere Auswirkungen erwarten lassen, die voraussichtlich auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können. Das Raumordnungsgesetz ist eingehalten. b) Im Rahmen von Betriebsplänen werden räumliche, zeitliche und sachliche Gewinnungsschritte zugelassen. Da die regionalplanerischen Festlegungen keine Ausschlusswirkung entfalten, können solche Betriebspläne auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Genehmigungsprozesse gebracht werden. Die Regionalplanung nimmt Sachverhalte von Zulassungsverfahren nicht vorweg. Jedoch können außerhalb regionalplanerisch festgelegter Gebiete höhere Raumwiderstände infolge erheblicher Beeinträchtigungen auftreten. Insoweit unterstützt die Regionalplanung mit ihren Festlegungen durch Fokussierung auf geeignete Rohstoffgebiete, nicht jedoch durch weitgehende Übernahme von vorgeschlagenen Flächen. c) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat die vom LBGR angemeldeten Flächen auch geologisch nachgewiesener Lagerstätten im Planungskonzept berücksichtigt. Unter anderen kam es so auch zur Festlegung von Flächen ohne bestehende Bergrechte (siehe auch beispielhafte Auflistung in BE ID 1065). Damit ist dem Ansinnen des LBGR auch auf langfristige Rohstoffsicherung entsprochen.
	Lindenbrück	keine Übernahme in den Regionalplan  Dem Gebietsvorschlag wird nicht gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02). Darüber hinaus werden Belange wasserwirtschaftlicher Nutzung (WSG Zone III) vom LfU geltend gemacht.	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Medewitz	keine Übernahme in den Regionalplan	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme
	Plötzin-Ost VB mit Plötzin-Ost Rohstoff-potential-fläche als ein Gebiet ausweisen und als Plötzin-Ost VB benennen	Übernahme in den Regionalplan als VB, zusammen mit lfd. Nr.65, reduziert um westliche Bereiche  Der Gebietsvorschlag wird in reduzierter Form mit Teilen des räumlich angrenzenden LBGR-Vorschlages Nr. 65 übernommen. Begründung: Im Gebiet werden im Beteiligungsverfahren zum ersten Regionalplanentwurf kumulierende Raumansprüche geltend gemacht (Artenschutz, im Verfahren befindliche Trinkwasserschutzzone III, Landschaftsbild, Kompensationsmaßnahmen, vorhandene Bebauung Biogasanlage u.a.). In diesem Bereich sind bei der Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung Umwelt- und andere	Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR	Kenntnisnahme

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		<p>Auswirkungen zu erwarten, die voraussichtlich nicht auf ein unerhebliches Maß gemindert werden können.</p> <p>Anmerkung: Im als VB verbleibenden Gebiet bestehen keine derart umfangreichen Raumkonkurrenzen mehr, jedoch befindet sich hier noch ein über die Fläche der im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzzone III hinaus gehendes hydrodynamisches Einzugsgebiet. Die Rechtsqualität eines Vorbehaltsgebiets erhebt hier keinen Anspruch auf Rohstoffabbau in einem schon fest definierten Maß, so dass diesbezügliche Sachverhalte (z.B. Abbau nur im Trockenschnitt) in vorgeschalteten bergbaulichen Genehmigungsverfahren spezifiziert werden können.</p>		
	Rädel-Nord	<p><b>keine Übernahme in den Regionalplan</b></p> <p>Der Anregung wird in Bezug auf Nennung in einer, die Regionalplanbegründung ergänzenden "Zweckdienlichen Unterlage" bzgl. der LBGR-Zuarbeit gefolgt. Eine Übernahme als Festlegung VR oder VB in den Regionalplan selbst erfolgt dagegen nicht. Begründung: Festlegungswünsche von weniger als 10 ha Größe entfalten keine regionalplanerische Relevanz. Eine Abbaumöglichkeit in kleinem Umfang auf lokaler Ebene bleibt durch eine im Regionalplan nicht erfolgte Festlegung unberührt.</p> <p>Hinweise: Der Anregung, die vom LBGR vorgeschlagenen Gebiete kartografisch in den Regionalplanunterlagen aufzuzeigen, kommt die Regionale Planungsgemeinschaft nach und wird hierfür im zweiten Planentwurf als "Zweckdienliche Unterlage" die LBGR-Zuarbeit mit Stand LBGR-Stellungnahme vom 01.07.2022 beifügen, ohne damit Aussagen über eine regionalplanerische Festlegung zu verbinden.</p> <p>Das Gebiet befindet sich fast vollständig im LSG, Freiraumverbund LEP HR, in NSG und FFH.</p>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
	VB 29* Rietz-Ost	<p><b>Übernahme in den Regionalplan als VB</b></p> <p>Dem Gebietsvorschlag wird in abgeänderter, reduzierter Form gefolgt. Begründung: Das LfU stellt in seiner Stellungnahme vom 17.06.2022 sowie in Abstimmungsschreiben vom 17.05.2023 und 28.10.2024 mögliche Konflikte zu den FFH-Gebieten (hier Flämingrummeln und Trockenkuppen) heraus. Darüber hinaus befinden sich Biotop in direkter Nachbarlage.</p>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>

Karte Nr.	Gebietsname	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
		Nach § 7 ROG (6) wird geltend gemacht: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein europäisches Vogelschutzgebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen nach den § 13 und § 17 Absatz 1 und 2 die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“ Gemäß einer, im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgeführten, vertiefenden FFH-Vorverträglichkeitsprüfung, können auf dem entfallenen Teil des vom LBGR vorgeschlagenen Gebietes entsprechende Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden.		
	VB 30 Rietz-Süd	<b>Übernahme in den Regionalplan als VB</b> , geringfügig reduziert um die südlichen Gebietsrandlagen geschützter Waldfunktionen  Dem Gebietsvorschlag wird unter folgender Reduzierung der Abgrenzung aus dem 1. Entwurf des Regionalplans gefolgt: Gemäß Stellungnahme MLUK/LfU betrifft die Festlegung ein Mosaik umfangreicher geschützter Biotop. Biotopfläche, Umfang, Verzahnung und Lage der geschützten Biotop innerhalb der VR-Fläche sowie ihre Bestandentwicklung stünden einer Ausnahme nach § 30 Abs.3 BNatSchG / einer Befreiung nach § 67 BNatSchG entgegen. Daher wird die Flächendarstellung des VB im nördlichen und östlichen Teil entsprechend der dort ausgeprägten Biotop reduziert.	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
	Schlunkendorf-Südost	<b>keine Übernahme in den Regionalplan</b>  Dem Gebietsvorschlag wird nicht mehr gefolgt. Begründung: Gemäß Stellungnahme MLUK/LFU Zustimmung zu Gebietsausweisungen im LSG nur, sofern für rechtskräftigen HBP/RBP eine Befreiung von der LSG_VO vorliegt. Ansonsten geht das MLUK/LfU in rechtskräftigen LSG von keinen Befreiungstatbeständen (Nachweis eines "atypischen Einzelfalls") von der Veränderung eines Gebietscharakters aus und lehnt weitere VR/VB in LSG ab (LFU02).	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
	VB 36 Trechwitz	<b>Übernahme in den Regionalplan als VB</b> , geringfügig reduziert um Berührungsbereiche zum FRV im Norden	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>

Karte Nr.	Gebiets- name	Resümee LBGR zur Abwägung der RPG zur Stellungnahme vom LBGR aus 2022	Stellungnahme LBGR 2025	Abwägung der Regionalen Planungsstelle zur Stellungnahme LBGR 2025
	VB 38 Vieritz- Kattenberge- Nord	<b>Übernahme in den Regionalplan</b>  Dem verlagert vorgebrachten LBGR- Gebietsvorschlag wird in Reduzierung um nicht kompensierbare Waldfunktionen entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst gefolgt. Wegen der Nachbarlage zum VB 38 (LBGR-Vorschlag-Nr. 78) wird es diesem Vorbehaltsgebiet zugeschlagen.	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>
	Warsow- West	<b>keine Übernahme in den Regionalplan</b>	<b>Keine Änderung oder Ergänzung vom LBGR</b>	<b>Kenntnisnahme</b>